

Leitantrag des Vorstands des Landesverbandes Berlin der Partei
Alternative für Deutschland für die Verabschiedung eines
Wahlprogramms für die Abgeordnetenhauswahl am 20.
September 2026 durch den Landesparteitag am 30. Mai 2026

INHALTVERZEICHNIS

Bauen und Wohnen	S. 2
Innere Sicherheit, Justiz und Datenschutz	S. 6
Zuwanderung Asyl und Staatsangehörigkeit	S. 11
Schule und Bildung	S. 16
Hochschulen, Wissenschaft und Forschung	S. 20
Verkehr	S. 24
Wirtschaft und Soziales	S. 27
Alle Energie für Berlin	S. 33
Kinder, Jugend und Familie	S. 34
Sport	S. 40
Gesundheit	S. 41
Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	S. 45
Natur und Umwelt	S. 47
Kunst, Kultur, Medien und Erinnerungspolitik	S. 51
Haushalt und Finanzen	S. 56

Bauen und Wohnen

Mehr bezahlbarer Wohnraum für Berlin

In den vergangenen Jahren hat sich die Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt weiter verschärft. Der durch die unkontrollierte Migrationspolitik verursachte Bevölkerungszuwachs hat bei gleichzeitiger Erschwerung des Neubaus die Angebotsmieten auf ein Allzeithoch getrieben und den Bedarf an Sozialwohnungen vervielfacht. Als Folge der daraus resultierenden großen Unterschiede zwischen Bestands- und Angebotsmieten und eines zu geringen Wohnungsangebots verbleiben die Berliner in ihren Wohnungen und ziehen selbst bei verändertem Wohnungsbedarf kaum noch um: Der Wohnungsmarkt ist „eingefroren“. Auch der seit 2023 amtierende schwarz-rote Senat ist mit seinen Bemühungen um den Wohnungsbau weitgehend gescheitert. Es ist ihm nicht gelungen, eine durchgreifende Reduzierung von Bauvorschriften und Überregulierungen anzustoßen, um dadurch ein positives Klima für private Investitionen in den Neubau sowie die Bestandserhaltung zu schaffen. Nicht zuletzt deshalb fehlt vor allem für Gering- und Mittelverdiener bezahlbarer Wohnraum.

Vorrang für Einheimische – Unsere Forderungen, um Wohnen für Berliner wieder bezahlbar zu machen:

Vorrang für Einheimische – faire und sozial gerechte Vergabe von gefördertem Wohnraum

In Berlin wächst seit Jahren die Kluft zwischen dem, was Berliner mit langjährigem Lebens- und Arbeitsmittelpunkt für unsere Stadt leisten, und ihren Chancen, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wir treten deshalb dafür ein, dass Berliner, die hier geboren sind oder seit vielen Jahren in unserer Stadt leben, bei der Vergabe von gefördertem Wohnraum vorrangig berücksichtigt werden. Dies betrifft Mietwohnungen ebenso wie Bestände der landeseigenen Wohnungsunternehmen, die veräußert werden sollen. Wer hier arbeitet, Steuern zahlt und sein Leben aufgebaut hat, darf nicht länger benachteiligt werden. Die Vergabe von gefördertem Wohnraum muss deshalb in einem transparenten, fairen und überprüfbaren Verfahren in erster Linie den Berlinern zugutekommen. Hierzu werden wir ein Punktesystem einführen, das die Wohnsitzdauer mit sozialen Kriterien wie Einkommenshöhe, Kinderzahl, Pflegeverantwortung und Tätigkeit in systemrelevanten Bereichen (Polizei, Feuerwehr, Krankenversorgung, Pflege, Kinderbetreuung, Nahverkehr, Müllabfuhr. u.a.m.) kombiniert.

Schaffung von Wohnraum für Einheimische

Die bereits jetzt bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten für die Schaffung von Wohnraum bevorzugt für Einheimische wollen wir konsequent nutzen. Dazu ist das Modell der kooperativen Baulandentwicklung dahingehend anzupassen, dass der geschaffene Wohnraum grundsätzlich bevorzugt Einheimischen nach dem Punktesystem zur Verfügung gestellt wird.

Mehr Mietwohnungen durch weniger Regulierung – private Investitionen erleichtern

1 Die beste Mietpreisbremse ist ein ausreichendes Wohnungsangebot. Deshalb wollen wir alle
2 Hindernisse beseitigen, die das Angebot von Mietwohnungen einschränken. Die private
3 Wohnungswirtschaft, größter Anbieter von Mietwohnungen in Berlin, soll durch ein
4 investitionsfreundliches Klima dazu ermutigt werden, wieder mehr in den Bau von
5 Mietwohnungen zu investieren. Wir lehnen planwirtschaftliche Instrumente und die Enteignung
6 von Wohnungsunternehmen strikt ab, da durch sie nicht nur keine einzige neue Wohnung
7 entsteht, sondern darüber hinaus Unternehmen ebenso wie private Vermieter von Investitionen
8 in den Neubau und in den Bestandserhalt abgeschreckt werden.

10 **Sozialer Wohnungsbau: Mietzuschüsse statt ewiger Wartezeiten –** 11 **Subjektförderung statt Objektförderung**

12 Wir wollen die Bürger nicht auf den Bau neuer Sozialwohnungen vertrösten, sondern ihnen
13 durch die Gewährung von Mietzuschüssen ermöglichen, selbst eine Wohnung auf dem freien
14 Markt zu mieten. Wir setzen uns deshalb für eine Ergänzung des Wohngeldes um Mietzuschüsse
15 für WBS-Inhaber ein.

17 **Fehlbelegungsabgabe wieder einführen**

18 Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass mehr als die Hälfte der Mieter von
19 Sozialwohnungen nicht (mehr) sozial bedürftig sind. Um die Belegung dieser Wohnungen sozial
20 gerecht zu gestalten, wollen wir die Fehlbelegungsabgabe wieder einführen. Um den
21 Missbrauch zu verhindern, setzen wir uns für ein generelles Verbot der Untervermietung von
22 Sozialwohnungen ein.

24 **Milieuschutz begrenzen**

25 Die Ausweisung von Wohnvierteln als Milieuschutzgebiete (§ 172 BauGB) dient dem Zweck, die
26 Zusammensetzung der bestehenden Wohnbevölkerung zu erhalten, ist aber auch mit
27 erheblichen Nebenwirkungen verbunden. So stehen bauliche Veränderungen unter
28 Genehmigungsvorbehalt, mit der Folge, dass nicht kontinuierlich in die Verbesserung des
29 Wohnraums investiert wird. Dies steht im Gegensatz zu der Notwendigkeit, auf die Alterung der
30 Gesellschaft mit entsprechenden Anpassungen des Wohnungsbestandes zu reagieren. Nicht
31 zuletzt unterbleibt in Milieuschutzgebieten auch weitere Neubautätigkeit. Wir streben eine
32 Gesetzesänderung an, so dass bauliche Veränderungen und Neubautätigkeit leichter
33 durchgeführt werden können. Unser Ziel ist darüber hinaus, dass Mieter leichter zu Eigentümern
34 werden können.

36 **Sonderbaurecht für Berliner**

37 § 246 BauGB enthält umfassende Sonderregelungen für die Errichtung von Unterkünften für
38 „Flüchtlinge“ und „Asylbegehrende“. Dies führt zu einer städtebaurechtlichen Privilegierung der
39 Belange von ausländischen Personengruppen, die sich in Deutschland aufhalten und weder
40 Staatsbürger von EU-Mitgliedstaaten sind noch über anderweitige Rechte zum dauernden
41 Aufenthalt verfügen. Die Belange der einheimischen Bevölkerung werden demgegenüber
42 vernachlässigt.

Wir setzen uns deshalb für eine Neufassung des § 246 BauGB mit dem Ziel ein, ein Sonderbaurecht speziell für Einheimische in angespannten Wohnungsmärkten zu schaffen. Damit soll auch für diese Personengruppe eine erleichterte und schnell realisierbare Schaffung von Wohnraum ermöglicht werden. Hierzu sollen insbesondere Ausnahmen und Befreiungen nach § 31 BauGB Abs. 1 und 2 erleichtert sowie die Änderung von Bebauungsplänen im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB ermöglicht werden.

Weniger Wohnnebenkosten durch Abschaffung der Grundsteuer

Längst sind die Nebenkosten einer Immobilie zur „zweiten Miete“ geworden. Dies trifft insbesondere auf die Grundsteuer zu, denn sie muss nicht nur von den Immobilieneigentümern selbst, sondern als Nebenkostenumlage auch von den Mietern gezahlt werden. Zur dauerhaften Entlastung von Eigentümern und Mietern fordern wir, dass sich das Land Berlin im Bundesrat für eine vollständige Abschaffung der Grundsteuer und einen Ausgleich des finanziellen Ausfalls bei den Kommunen durch den Bund einsetzt.

Weniger Wohnnebenkosten durch transparente Heizkostenabrechnungen für Mieter

Die infolge der gescheiterten „Energiewende“ und steuerlicher Belastungen stark gestiegenen Preise für Strom, Gas und Heizöl wirken sich auch auf die Kosten der Fernwärmeversorgung aus. Dies hat nicht nur für Mieter der landeseigenen Wohnungsgesellschaften zu teilweise drastischen Nachzahlungen geführt, ohne dass die hierfür ursächlichen Faktoren aus den Betriebskostenabrechnungen nachvollziehbar sind - insbesondere bei der Wärmeversorgung durch sogenanntes „Wärme-Contracting“. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass in den Heizkostenabrechnungen künftig sämtliche Kostenfaktoren für die Mieter transparent offengelegt werden müssen, um so einen Kostenvergleich unter verschiedenen Anbietern zu ermöglichen. Darüber hinaus werden wir die landeseigenen Wohnungsgesellschaften verpflichten, den Einkauf der von Ihnen bezogenen Energieträger unabhängig von kurzfristigen Schwankungen der Börsenpreise zu gestalten. Verstöße gegen diese Verpflichtung werden wir durch eine gesetzliche Deckelung von Nachforderungen sanktionieren. Für unklare Abrechnungen werden wir eine Umkehr der Beweislast einführen.

Genossenschaften stärker fördern

Wohnungsbaugenossenschaften gewährleisten neben dem Wohneigentum die beste Form günstigen und hochwertigen Wohnens. Da durch das Genossenschaftsmodell jeder Mieter auch Miteigentümer ist, haben Genossenschaften ein Eigeninteresse an der Erhaltung ihrer Bestände und der Sicherung tragbarer Mieten. Wir werden durch die verstärkte Förderung des Genossenschaftswesens mehr Bürgern zu genossenschaftlichem Wohnraum verhelfen. Dazu werden wir die Genossenschaften bei der Vergabe landeseigener Baugrundstücke bevorzugen. Dies gilt besonders für solche Genossenschaften, die bereits über lange Zeit ihre Verlässlichkeit unter Beweis gestellt haben. Auch für den Fall der Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände sollen Genossenschaften bevorzugt werden.

Mehr Wohneigentum für die Berliner – Art. 28 der Berliner Verfassung ernst nehmen

Wohneigentum schützt vor Altersarmut, Gentrifizierung und Mietsteigerungen. Wer im Ruhestand in seiner abgezahlten Wohnung wohnt, steigert durch den Wegfall der Mietzahlungen sein verfügbares Einkommen spürbar. Angesichts der desolaten Lage der gesetzlichen Rente wird deshalb die Bildung von Wohneigentum immer wichtiger. Anders als in der EU, wo ca. 70 % der Bürger über Wohneigentum verfügen, sind dies in Berlin gerade einmal 15 %. Nach einer Studie der EZB ist die geringe Wohneigentumsquote die maßgebliche Ursache dafür, dass die Deutschen von allen EU-Bürgern das geringste Haushaltsvermögen haben. Italiener und Franzosen zum Beispiel sind zwei bis dreimal vermögender als die Deutschen. Weil die Berliner Politik die Bürger glauben machen will, eine geringe Wohneigentumsquote sei gut so, soll nach dem Willen des Senats Berlin eine Mieterstadt bleiben. Diese Politik verhindert indessen die Bildung von Vermögen und widerspricht damit Art. 28 Abs. 1 der Berliner Verfassung, der den Senat zur Förderung der Bildung von Wohneigentum verpflichtet.

Förderung der Wohneigentumsbildung durch öffentliche Bürgschaften und die Abschaffung der Grunderwerbssteuer für selbstgenutztes Wohneigentum

Wir werden Art. 28 Abs. 1 der Berliner Verfassung wieder mit Leben erfüllen, indem wir die Bürger mit eigenkapitalersetzenden Bürgschaften beim Eigentumserwerb unterstützen. Wer über ein ausreichendes Einkommen zur Bedienung eines Wohnungskredits verfügt, diesen aber wegen fehlenden Eigenkapitals von den Banken nicht erhält, soll eine öffentliche Bürgschaft für die Finanzierung seiner Wohnung erhalten.

Ergänzend zur Gewährung öffentlicher Bürgschaften für den Erwerb von Wohneigentum werden wir die Grunderwerbsteuer für einheimische Ersterwerber selbstgenutzten Wohneigentums vollständig abschaffen, dafür aber eine Grunderwerbsteuer in Höhe von 20 % für außerhalb des EU-Raums ansässige Investoren einführen.

Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren durch Bürokratieabbau

Damit Bauen in Berlin wieder schneller geht, werden wir die umfangreichen Regelungen der Berliner Bauordnung entschlacken und weiter vereinfachen. So kann etwa im Falle eines genehmigten Neubaus auf die Abrissgenehmigung für die Vorbebauung verzichtet werden. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, die aktuellen energetischen Baustandards bei der Gebäudedämmung auf das Niveau von Anfang der 2000er Jahre zurückzusetzen, da die damit verbundenen Kosten sowie der bürokratische Aufwand in keinem Verhältnis zu dem damit erzielbaren energetischen Effizienzgewinn stehen. Die Einführung zusätzlicher landesrechtlicher Verpflichtungen wie die Nachrüstung von Fotovoltaik-Anlagen lehnen wir strikt ab.

Schutz von Kleingärten

Der Erhalt der innerstädtischen Kleingartenanlagen ist für die Berliner AfD ein zentrales landespolitisches Anliegen. Hierfür wollen wir die im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Grünflächen/Kleingartenanlagen der Schutzkategorie 2 nach Kleingärtenentwicklungsplan langfristig erhalten und durch festgesetzte Bebauungspläne weiter sichern.

Innere Sicherheit, Justiz und Datenschutz

Stärkung von Polizei und Justiz

Die aktuelle Sicherheitslage in Berlin ist seit Jahren prekär. Unter der Schwarz-Roten Regierung hat sich die Sicherheitslage noch einmal verschärft. Täglich gibt es Meldungen von Messerstechereien und sonstigen gewaltsamen Übergriffen, oft mit tödlichem Ausgang. 2025 verzeichnete die Berliner Polizei 3.599 Fälle im Zusammenhang mit Messerangriffen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist seit Jahren aus, dass Nichtdeutsche unter den ermittelten Tatverdächtigen weit überproportional vertreten sind, insbesondere bei Gewalt- und Sexualdelikten. Die Kriminalitätsbelastung in Berlin ist damit zu einem erheblichen Teil Folge einer jahrelangen unkontrollierten Migrationspolitik. Dauerhafte Sicherheit ist in unserer Stadt nur durch eine konsequente Remigrationspolitik herstellbar. Auch die Angriffe gegen Polizei und Rettungskräfte haben stark zugenommen. Seit 2001 wurde das Personal bei der Berliner Polizei verringert. Trotz Nachbesserung auf Druck der AfD fehlt es massiv an Personal. Zudem verstößt Berlin gegen den Grundsatz der leistungsgerechten Alimentierung. Geradezu beschämend ist der Zustand der Gebäude bei Polizei, Justiz und Feuerwehr: Allein der Sanierungsstau der Liegenschaften der Berliner Polizei beläuft sich auf 2,3 Milliarden Euro (Stand August 2025). In vielen Liegenschaften sind eklatante Hygienemängel und Gesundheitsgefahren vorzufinden.

Wir wollen, dass Polizei und Justiz handlungs- und leistungsfähig sind. Der Grundsatz der Bestenauslese muss uneingeschränkt gelten. Quotenregelungen lehnen wir ab. Eine angemessene und leistungsgerechte Alimentierung unserer Beamten ist zu gewährleisten. Gute Ausrüstung und Arbeitsbedingungen müssen gegeben sein: Polizei und Justiz müssen in gut ausgestatteten Gebäuden mit entsprechender digitaler Ausstattung arbeiten können. Schutzausstattung, Bewaffnung und technische Ausrüstung unserer Polizei haben dem aktuellen Stand der Technik zu entsprechen. Wir wollen die Polizei entlasten, indem wir eine Bezirkspolizei, die bei den Ordnungsämtern angesiedelt ist, einführen. Die Befugnisse der Ordnungsamtskräfte sollen auf Durchgriffsrechte bei nicht erheblichen Straftaten (z.B. Sachbeschädigung) erweitert werden. Durch die Schaffung einer Bezirkspolizei wird die Landespolizei stark entlastet und bestimmte Verwaltungsakte können somit von Anfang bis zum Ende aus einer Hand (Bezirkspolizei/Ordnungsamt) durchgeführt werden. Folgende Aufgaben sollen auf die Bezirkspolizei übertragen werden: Identitätsfeststellung, Durchsuchung von Personen und Gegenständen, das Erteilen von Platzverweisen sowie die Anwendung von unmittelbarem Zwang.

Berlin leidet in besonderem Maße unter Ausländerkriminalität. Der Migrationshintergrund bei Straftätern muss daher klar benannt und erfasst werden. Außerdem wollen wir, dass künftig der Anteil der deutschen Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund bei Straftaten erfasst wird. Die überproportional hohe Delinquenz ausländischer Tatverdächtiger und deutscher Tatverdächtiger mit Migrationshintergrund darf weder statistisch verschleiert noch politisch verharmlost werden. Ebenso sind mutmaßliche christenfeindliche Hintergründe auszuweisen.

Die AfD fordert:

- Die sofortige Aufhebung des Landesantidiskriminierungsgesetzes und Überarbeitung anderer sicherheitsrelevanter Gesetze.
- Eine Entfristung der Rechtsgrundlage zum Einsatz von Bodycams.
- Vollständige Videoüberwachung in allen Brennpunktbereichen.
- Einführung mobiler Polizeiwachen in Problemvierteln sowie die Schaffung eines dichtereren Netzes stationärer Polizeiwachen.
- Eine rechtliche Grundlage für kriminalitätsbezogene nächtliche Ausgangssperren für jugendliche Intensivtäter.
- Mehr Polizeikontrollen ohne Anlass in Problemvierteln.
- Die Wiedereinführung eines absoluten Vermummungsverbotes bei Versammlungen.
- Die Erhöhung des Personals bei der Polizei, Justiz und Feuerwehr und Sicherstellung einer ausreichenden Ausbildung des Nachwuchses.
- Keine Senkung der Einstellungs Voraussetzungen und keine Quotenregelungen.
- Die Fortführung der Anhebung der Zulagen sowie eine leistungsgerechte Alimentierung der Beamten.
- Die Schaffung besonderer finanzieller Anreize für besonders gefahrgeneigte Tätigkeiten bei Polizei und Feuerwehr.
- Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Ausrüstung der Polizei sowie der Justiz, im Strafvollzug, bei den Finanzermittlern, einschließlich der Sanierung maroder Gebäude und Neubau für das Verwaltungsgericht.
- Schaffung von digitaler Infrastruktur, ggf. die Etablierung von KI.
- Die Einführung einer Bezirkspolizei.
- Die klare Benennung und statistische Erfassung des Migrationshintergrunds deutscher Tatverdächtiger sowie der Delinquenz ausländischer Tatverdächtiger.
- Statistische Erfassung antisemitischer und christenfeindlicher Vorfälle.

Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und Clan-Strukturen

Mit 66 Ermittlungskomplexen und 485 Tatverdächtigen im Jahr 2023 ist Berlin die Hauptstadt der organisierten Kriminalität. Angesichts der stark gestiegenen Zahl der Tatverdächtigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist insbesondere die organisierte Kriminalität überwiegend importierte Kriminalität. Eingewanderte Großfamilien wie Abou-Chaker, Miri, Remmo oder Al-Zein haben es durch organisierte Verbrechen zu erheblichem Reichtum und Macht gebracht. Die seit Jahrzehnten in Berlin ansässigen arabisch-libanesischen Clanstrukturen sehen sich zunehmend mit einer kriegserfahrenen und noch brutaleren Clankonkurrenz aus Syrien, Irak oder aus Tschetschenien konfrontiert. Diese zusätzliche Verschärfung ist eine unmittelbare Folge der illegalen Massenmigration seit 2015. Die Kriege verfeindeter Clans werden offen in Berlin ausgetragen und eskalieren zunehmend tödlich. Kriminelle Familienclans, Rockerbanden und andere Gruppierungen mit mafiösen Strukturen stellen den Rechtsstaat in Frage, betreiben Schmuggel, Menschen-, Waffen- und Drogenhandel, sie zwingen Frauen, Mädchen und junge Männer zur Prostitution und begehen schwere Diebstahlsdelikte und gefährliche Körperverletzungen, bis hin zum Mord. Es sind alle rechtsstaatlich gebotenen Maßnahmen zu ergreifen, um Organisierte Kriminalität, insbesondere Clankriminalität zu bekämpfen. Eine entschlossene Remigrationspolitik ist zwingend geboten: Die konsequente Rückführung ausreisepflichtiger Straftäter und Clanmitglieder ohne Bleiberecht schwächt bestehende

1 Clanstrukturen nachhaltig und verhindert die Bildung neuer Strukturen. Tatverdächtige der
2 organisierten Kriminalität müssen innerhalb von 48 Stunden dem Bereitschaftsrichter zur
3 Vorbereitung einer Hauptverhandlung vorgeführt werden. Die entstandene Paralleljustiz muss
4 bekämpft werden. Rechtsfreie Räume darf es nicht geben. Die Durchsetzung des Rechts muss
5 Aufgabe des Staates sein und bleiben. Die Beschlagnahme und Einziehung kriminell
6 erworbenen Vermögens auf alle Clans und OK-Strukturen ist konsequent anzuwenden.

8 **Die AfD fordert:**

- 9 • Einrichtung einer Sondereinheit bei der Ausländerbehörde, die die Ausweisung und
10 Abschiebung ausländischer Krimineller, insbesondere solcher aus dem Bereich der
11 Clan- und organisierten Kriminalität, bündelt und forciert.
- 12 • Gründung einer Arbeitsgruppe Ident bei der Polizei, welche die Identität und Herkunft
13 von Kriminellen aus dem Clan-Milieu klärt, um so ihre Abschiebung zu erleichtern.

15 **Berliner Justiz reformieren**

16 Die Berliner Justiz ist chronisch überlastet. Nur jede zweite Straftat wird in Berlin aufgeklärt.
17 Diese Überlastung führt u.a. auch dazu, dass gefährliche Verdächtige aus der
18 Untersuchungshaft entlassen werden müssen. Die AfD fordert deshalb eine konzertierte
19 Justizreform, um die volle Einsatz- und Handlungsfähigkeit der Berliner Justiz
20 wiederherzustellen.

22 **Die AfD fordert:**

- 23 • Wiedereinführung der Regel „Alt frisst Neu“: Verfahren gegen wiederholt Beschuldigte
24 sollen vom gleichen Dezernenten bearbeitet werden, um eine täterorientierte
25 Bearbeitungsweise zu ermöglichen und einer Zersplitterung der Verfahren
26 entgegenzuwirken.
- 27 • Neustrukturierung der Zuständigkeiten der Berliner Staatsanwaltschaft: Ziel ist eine
28 flächendeckende und effiziente Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und
29 Polizei auch in den allgemeinen Abteilungen, analog zu den thematisch strukturierten
30 Spezialabteilungen wie z. B. bei Tötungsdelikten. Die sechs Polizeidirektionen sollen je
31 einer Hauptabteilung der Staatsanwaltschaft zugewiesen werden.
- 32 • Jugendkriminalität: Das Strafmündigkeitsalter soll von 14 auf 12 Jahre abgesenkt werden
33 und das Erwachsenenstrafrecht ab 18 Jahren angewendet werden. Die Ausweitung
34 beschleunigter Verfahren im Jugendstrafrecht bei leichten und mittleren Delikten
35 (Neuköllner Modell) soll forciert werden. Der „Warnschussarrest“ soll bis zu drei
36 Monaten möglich sein. Die Verhängung einer Jugendstrafe soll bereits ab drei Monaten
37 möglich sein.
- 38 • Verschärfung des Strafrahmens der Gefährlichen Körperverletzung bei Angriffen mit
39 Messern, Schnellverfahren bei Messerdelikten, zügige Abschiebung ausländischer
40 Messerstraftäter sowie die Ausweitung anlassloser Kontrollen an kriminalitätsbelasteten
41 Orten. Messerverbotzonen lehnen wir als reine Symbolpolitik ab.
- 42 • Aufklärung über die Möglichkeit der chemischen Kastration für Sexualstraftäter in den
43 JVA.

- Erhöhung der Sicherheit im Justizvollzug, konsequente Bekämpfung von Straftaten im Strafvollzug.
- Kein Strafvollzug für biologische Männer im Strafvollzug für Frauen.
- Religiöse Gefangenenseelsorge soll nur durch die Glaubensgemeinschaften finanziell getragen werden.

Politischen und religiösen Extremismus bekämpfen

Berlin ist das Land mit der meisten politischen Gewalt: Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brandstiftungen, Landfriedensbruch, Freiheitsberaubung sowie Widerstandsdelikte. Auch die meisten Gewalttaten mit Bezug zu einer religiösen Ideologie werden in Berlin verübt. Seit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7.10.2023 kommt es in Berlin fast täglich zu propalästinensischen Demonstrationen und antisemitischen Attacken. Die Zahl der jüden- und israelfeindlichen Straftaten ist auf Rekordniveau. Berlin hat sich zu einer Hochburg von Salafisten und Anhängern des Islamischen Staates (IS) entwickelt. Die Zahl der gewaltbereiten Salafisten in Berlin hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht.

Die linksextremistische Szene ist mit der islamistischen Szene verschmolzen, womit eine deutliche Erhöhung der Gefahrenlage insgesamt einhergeht. Berlin ist zwischenzeitlich zum Schwerpunkt israelbezogener Straftaten geworden. Dass Juden in unserer Stadt aufgrund solcher Kräfte nicht mehr sicher sind, ist unerträglich.

Der politische und religiöse Extremismus bedroht zunehmend unsere Sicherheit und unsere demokratische Grundordnung. Wir wollen unsere Bürger vor Extremisten schützen. Die Sicherheit muss gewährleistet sein. Jede Bedrohung durch Extremismus muss wirksam bekämpft werden. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ist nicht verhandelbar.

Die AfD fordert:

- Eine Beendigung sämtlicher Förderprogramme für linksextremistische Organisationen sowie für als NGOs getarnte linke Vorfeldorganisationen, um die staatliche Neutralität wiederherzustellen.
- Die Beobachtung linksextremistischer Kampagnen wie „Switch Off“ und ihrer Vorfeldstrukturen durch den Verfassungsschutz.
- Eine Strafverschärfung für Angriffe auf kritische Infrastruktur.
- Stärkere Überwachung des islamistischen Extremismus.
- Bekämpfung von parallelen Rechtsstrukturen.
- Die konsequente Abschiebung islamistischer Gefährder auch in Herkunftsländer wie Syrien und Afghanistan.
- Einführung eines generellen Vermummungsverbots auf Demonstrationen und Schaffung eines Veranstaltungssicherheitsgesetzes
- Die konsequente Rückführung ausländischer Straftäter, Gefährder und Extremisten als integraler Bestandteil einer entschlossenen Remigrationspolitik.

Einsatzfähigkeit der Berliner Feuerwehr stärken

Mit über 500.000 Einsätzen im Jahr 2024 steht die Berliner Feuerwehr vor enormen Herausforderungen. Die gravierenden Missstände bei der Feuerwehr sind seit Jahren bekannt und wurden immer weiter verschleppt, sodass ein veralteter Fuhrpark, unzureichende

Gebäude und ein millionenschwerer Sanierungsstau mittlerweile vielen Feuerwehrleuten das Leben schwer machen. Immer weniger junge Leute wollen sich bei der Feuerwehr ausbilden lassen. Wir wollen sicherstellen, dass in Berlin die Gefahrenabwehr und der Rettungsdienst garantiert sind.

Die AfD fordert:

- Massive Investitionen in Ausrüstung und Gebäude der Berliner Feuerwehr sowie eine klare Schwerpunktsetzung der Haushaltspolitik zugunsten unserer Rettungs- und Sicherheitskräfte.

Ausbau im Katastrophenschutz

Die linksterroristischen Anschläge auf die Berliner Stromversorgung, insbesondere in Steglitz-Zehlendorf, aber auch in Adlershof und andernorts, haben die alarmierenden Defizite des Berliner Katastrophenschutzes schonungslos offengelegt. Berlin ist auf Sabotage, Blackout-Lagen und länger andauernde Ausfälle Kritischer Infrastruktur noch immer nicht ausreichend vorbereitet. Ein handlungsfähiger Katastrophenschutz muss die Warnung der Bevölkerung, die Einsatzfähigkeit der Behörden und vor allem die Versorgungssicherheit besonders schutzbedürftiger Einrichtungen auch bei längeren Stromausfällen gewährleisten. Das gilt insbesondere für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen.

Die AfD fordert:

- Wirksamer Schutz von KRITIS-Anlagen
- Verbindliche Blackout- und Sabotagevorsorge mit Notstrom-, Kommunikations- und Notfallplänen für Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und andere besonders wichtige öffentliche Einrichtungen.
- Belastbare Krisenkoordination und klare Führungsstrukturen des Landes bei Ausfällen Kritischer Infrastruktur.
- Verbindliche Notfallpläne für Museen, Archive und öffentliche Kultureinrichtungen.
- Den Ausbau des Sirennetzes und eine verlässliche Warnung der Bevölkerung.

Unsere Vision für ein digitales Berlin

Eine effiziente Verwaltung ist das Fundament einer zukunftsfähigen Stadt. Durch strategische Digitalisierung wollen wir die Lebensqualität verbessern und Berlin als Technologiestandort stärken. Datenschutz und Privatsphäre sind für uns dabei unverhandelbar. Wir setzen auf Kooperation, kluge Investitionen, vernetzte IT-Infrastruktur, Partnerschaften mit der Privatwirtschaft und eine bundesweite Digitalisierungsstrategie. Unnötige Belastungen für kleine und mittelständische Unternehmen durch die bis 2028 erfolgende Umstellung ausschließlich auf digitale Rechnungen (E-Rechnungen) wollen wir durch eine Befreiung kleiner Betriebe von der E-Rechnungspflicht reduzieren.

Privatsphäre schützen: Keine „Chatkontrolle“ und keine KI-Durchleuchtung von privaten Daten

Die EU plant, Messenger-Nachrichten aller Bürger mit Hilfe von KI zu durchsuchen. Selbst private Ende-zu-Ende verschlüsselte Chats sollen gescannt werden. Dies würde zu einer beispiellosen Massenüberwachung führen. Selbst harmlose Familienfotos könnten fälschlich als illegal eingestuft werden. Die AfD steht für den uneingeschränkten Schutz der Privatsphäre der Bürger und lehnt verdachtsfreie Massen-Scans entschieden ab. Auch wollen wir verhindern, dass durch Hintertüren bei Messengerdiensten in Zukunft nach politisch unbequemen Inhalten gesucht wird.

Die AfD fordert:

- Eine Verpflichtung des Berliner Senats zum Schutz der Privatsphäre und gegen Chatkontrolle.
- Untersagung zur technischen Mitwirkung für alle Landesstellen.
- Den Erlass einer Landes-Datenschutzverordnung, die den Einsatz von KI-Scanning auf privaten Geräten verbietet und Sanktionen bei Verstößen beinhaltet.

Zuwanderung, Asyl und Staatsangehörigkeit

Deutschland ist kein Einwanderungsland

Deutschland ist eine historisch gewachsene Nation und kein Land, das sich primär über Zuwanderung definiert. Dennoch wird Migration zunehmend als Selbstzweck betrachtet, ohne sie einer rationalen Kosten-Nutzen-Analyse zu unterziehen. In vielen Fällen wird das individuelle Recht auf Asyl missbräuchlich als Einwanderungsinstrument genutzt, um ein permanentes Bleiberecht zu erlangen. Nach dem Asylgesetz ist der Schutzstatus jedoch grundsätzlich zeitlich begrenzt und darf nicht zur dauerhaften Ansiedlung führen. Die Folgen dieser Fehlentwicklung sind eine zunehmende gesellschaftliche Fragmentierung und eine Überlastung der Sozialsysteme durch Armutseinwanderer.

Die AfD fordert:

- eine klare Unterscheidung zwischen Einwanderung einerseits (nach Qualifikation und Bedarf) und Asyl andererseits (Schutz auf Zeit)
- die konsequente Priorisierung der Rückführung von Schutzberechtigten, sobald die Lage im Herkunftsland dies erlaubt. Insbesondere für syrische und afghanische Schutzberechtigte ist der Schutzstatus konsequent zu überprüfen und bei Feststellung des Wegfalls des Schutzgrundes die unverzügliche Rückführung einzuleiten, beginnend mit Straftätern und Gefährdern.
- Aktive diplomatische Initiativen, um Rückkehrmöglichkeiten in die Herkunftsstaaten zu schaffen
- Einwanderung ausschließlich in staatlich definierte Bedarfsbereiche – mit vorherigem Sprachnachweis, nachgewiesener Integrationsbereitschaft und Anerkennung sowie Einhaltung der deutschen Leitkultur

- eine strikte Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, um gesellschaftliche Desintegration und Ausländerkriminalität zu verhindern

Lebensqualität für alle Berliner statt ungesteuerter Massenmigration

Das „Konzept der wachsenden Stadt“ beruht seit Jahren überwiegend auf Zuwanderung aus dem Ausland. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund stieg in nur zehn Jahren von 25 % auf 41 %. Ausmaß und Zusammensetzung der ungesteuerten Massenmigration überfordern Berlin mit seinen Sozialsystemen und führen zu einer fortschreitenden Desintegration der Stadtgesellschaft.

Die AfD lehnt jede Form der ungesteuerten Migration ab. Berlin muss zu einer konsequent rechtsstaatlichen Einwanderungspolitik zurückkehren, bei der die Integration eine Bringschuld der Zuwanderer ist. Zuwanderung muss eine bewusste Entscheidung für unser Land sein. Damit ist das Erlernen der deutschen Sprache, die Achtung unserer Kultur und die Bereitschaft, einen beruflichen Mehrwert zu leisten, tief sitzend verbunden. Dabei muss gelten: Das Asylrecht ist keine Eintrittskarte für dauerhafte Einwanderung. Die Rückkehr in das Heimat- oder Herkunftsland hat hier oberste Priorität, sobald dies möglich ist.

Die AfD verfolgt eine umfassende Politik der Remigration, die sowohl Rückführungen von Ausreisepflichtigen als auch freiwillige Rückkehrprogramme umfasst, und dabei Rückübernahme- bzw. Drittstaaten-Kooperationen stärkt.

Die AfD fordert:

- einen sofortigen Aufnahmestopp für Asylbewerber in Berlin
- die Beendigung der freiwilligen Aufnahme illegal eingeschleuster Migranten
- Kein Winterabschiebestopp in Berlin
- die sofortige Abschiebung aller der bis zu 20.000 ausreisepflichtigen Personen aus Berlin
- die Abschaffung der Berliner Härtefallkommission für abgelehnte Asylbewerber
- eine verbindliche Agenda für Remigration: Rückführungs-Offensive, freiwillige Rückkehr, belastbare bilaterale Rückübernahmeabkommen, sowie Ausbau der Drittstaaten-Kooperation
- die Umwandlung des Landesamts für Einwanderung in ein Landesamt für Einwanderung, Asyl und Remigration, mit klarer Priorität auf Rückführungen
- In Ergänzung zum Dublin-Ausreisezentrum: Die Einrichtung eines ausreichend dimensionierten Berliner Abschiebezentrums, um Rückführungen effizient durchführen zu können.

Anreize abbauen und Asylmissbrauch verhindern

Umfängliche Sozialprogramme, großzügige Geld- statt Sachleistungen und fehlende Abschiebungen machen Berlin zum starken Magneten für Migration.

Asylbewerber erhalten finanziellen Vorteile, die weit über das gesetzliche Minimum hinausgehen. Hier gilt es, die Pull-Faktoren auf ein rechtsstaatlich vertretbares Mindestmaß abzusenken.

Die AfD fordert:

- die Beschränkung der Asylverfahrens- und Bleiberechtsberatung (§ 12a AsylG) ausschließlich auf staatliche Behörden
- die Einrichtung eines Dublin-Ausreisezentrums zur zügigen Rückführung in zuständige EU-Staaten
- die Umstellung auf reine Sachleistungen
- die Beschränkung von Versorgung, Beratung und Unterbringung auf das Notwendigste
- die Abschaffung des anonymen Krankenscheins für Illegale
- Keine Sprach- oder Integrationskurse für nicht bleibeberechtigte Asylbewerber
- die vollständige Kostentransparenz der Asylpolitik auf Landes- und Bezirksebene
- die Streichung sämtlicher Berliner Zusatzleistungen
- eine Pflicht zu gemeinnütziger Arbeit für Asylbewerber gem. § 5 AsylbLG
- die Prüfung und Einführung des Strafvollzugs für Drittstaatsangehörige in sicheren Drittstaaten nach dänischem Vorbild, um Haftkapazitäten zu entlasten und Rückführungsperspektiven zu verstärken

Keine weiteren Mobilen Unterkünfte für Flüchtlinge (MUF) - Ghettobildung stoppen

Der Bau neuer MUF für Asylbewerber ist kontraproduktiv, da er die Ghettoisierung fördert und Wohnraumressourcen bindet, die allen Berlinern zugutekommen sollten. Auch die bevorzugte Wohnraumvergabe an Asylbewerber muss beendet werden. Bestehende Kapazitäten im Rahmen zentraler Unterbringungsmöglichkeiten sind vorrangig zu nutzen.

Die AfD fordert:

- Freie Plätze in bestehenden Unterkünften vollständig zu belegen
- Kein Neubau von MUF und Umwidmung bestehender MUF zu Wohnungen für alle Berliner
- Keine Bevorzugung von Asylbewerbern bei der Wohnungsvergabe
- Zentrale Unterbringung für abgelehnte Asylbewerber und Personen mit geringen Anerkennungschancen

Integration ist Pflicht - Parallelgesellschaften verhindern

Falsch verstandene Toleranz begünstigt Parallelgesellschaften und Fundamentalismus. Für uns gilt die deutsche Leitkultur als verbindlicher Maßstab für das Zusammenleben in Berlin. Integration bleibt eine Bringschuld jedes Zugewanderten.

Die AfD fordert:

- die Verbindliche Einforderung von Integrationsleistungen
- klare Sanktionen bei Integrationsverweigerung
- den Ausbau und die wirksame Verankerung der Antisemitismusprävention im Schulunterricht

Islamischen Fundamentalismus zurückdrängen

Islamismus und religiöser Fundamentalismus bedrohen zunehmend die Sicherheit, die Freiheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Berlin. Um dieser Bedrohung besser

1 entgegentreten zu können, müssen extremistische Moscheevereine konsequent verboten und
2 die Auslandfinanzierung von Religionsgesellschaften unterbunden werden.

4 **Die AfD fordert:**

- 5 • die Schließung verfassungsfeindlicher Moscheen und Vereinsverbote
- 6 • ein Verbot jeglicher Auslandsfinanzierung für Moscheen
- 7 • die Strafverfolgung von Hasspredigern
- 8 • ein Ende aller Kooperationen mit extremistischen Institutionen

10 **Berliner Neutralitätsgesetz stärken**

11 Das Berliner Neutralitätsgesetz verbietet das Tragen sichtbarer religiöser oder
12 weltanschaulicher Symbole im öffentlichen Dienst. In den vergangenen Jahren wurde dieses
13 Gebot zunehmend aufgeweicht. Dadurch entstanden Konflikte in Schulen, bei Behörden, Justiz
14 und Polizei, welche die staatliche Pflicht zu Neutralität und Unparteilichkeit gefährden. Ein
15 schwaches Neutralitätsgebot öffnet die Tür für eine schleichende Islamisierung im öffentlichen
16 Raum und gefährdet das Vertrauen der Bürger in staatliche Institutionen.

17 Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zum Berliner Neutralitätsgesetz und lehnt jede Änderung
18 ab, die darauf abzielt, seine Wirkung einzuschränken. Neutralität im öffentlichen Dienst ist eine
19 unverzichtbare Grundlage für ein funktionierendes Gemeinwesen und den gesellschaftlichen
20 Zusammenhalt.

22 **Die AfD fordert:**

- 23 • die strikte Einhaltung und konsequente Durchsetzung des Berliner Neutralitätsgesetzes
24 in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes; falls erforderlich, muss das
25 Neutralitätsgesetz im Einklang mit der geltenden Rechtsprechung so novelliert werden,
26 dass seine Geltung uneingeschränkt erhalten bleibt.
- 27 • Keine Ausnahmen für Lehrer, Erzieher, Polizisten oder Justizbedienstete
- 28 • Disziplinarische Maßnahmen bei Verstößen, bis hin zur Entfernung aus dem Dienst
- 29 • Aktive Verteidigung des Neutralitätsgebots gegen politisch motivierte
30 Aufweichungsversuche
- 31 • Öffentlichkeitsarbeit zur Bedeutung des Neutralitätsgesetzes für den Schutz der
32 staatlichen Unparteilichkeit

34 **Staatsangehörigkeit nur bei gelungener Integration**

35 Die bundesweite Absenkung der Einbürgerungsvoraussetzungen hat insbesondere beim Berliner
36 Landesamt für Einwanderung (LEA) zu einem digitalen Schnellverfahren mit erheblichen
37 Mängeln geführt, wie zum Beispiel einer fehlenden persönlichen Überprüfung der Antragsteller.
38 Damit ist die erforderliche und gebotene Sorgfaltspflicht bei der Vergabe der deutschen
39 Staatsbürgerschaft dauerhaft gefährdet. In der Folge ist ein lukrativer Schwarzmarkt entstanden,
40 auf dem Fälschungen des Einbürgerungstests „Leben in Deutschland“ und gefälschte
41 Sprachzeugnisse käuflich erworben werden können. Damit wird einer erschlackten
42 Einbürgerung von Personen Vorschub geleistet, die den vorgeschriebenen Anforderungen an
43 erfolgreicher Integration, ausreichenden Sprachkenntnissen oder zweifelsfreier
44 Verfassungstreue nicht genügen.

1 Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht verramscht werden. Sie muss am Ende eines
2 erfolgreichen Integrationsprozesses stehen. Sie setzt belastbare Nachweise in Sprache,
3 Eigenständigkeit und Verfassungstreue voraus und darf keine anonyme Verwaltungsroutine
4 werden.

6 **Die AfD fordert:**

- 7 • In Berlin sind alle laufenden Einbürgerungsverfahren und alle neu gestellten Anträge
8 einem Moratorium zu unterstellen, bis alle seit dem 1. Januar 2024 zentralisierten
9 Einbürgerungsverfahren im LEA auf Unregelmäßigkeiten, wie zum Beispiel gefälschte
10 Sprach- und Einbürgerungstests sowie mutmaßliche Korruption, überprüft und alle
11 unrechtmäßigen und betrügerisch erlangten Einbürgerungen gemäß Paragraf 35 StAG
12 zurückgenommen worden sind.
- 13 • Verbindliche persönliche Vorsprache und Anwendung des Vier-Augen-Prinzips zur
14 Überprüfung von Sprachkenntnissen, erfolgter Integration und Verfassungstreue
- 15 • Aufgrund des besonderen Treueverhältnisses zum Staat sowie der hoheitlichen
16 Verantwortung von Beamten darf im LEA die letztendliche Entscheidung über eine
17 Einbürgerung ausschließlich durch einen Beamten getroffen werden
- 18 • Einrichtung einer zentralen und staatlich beaufsichtigten Stelle für Sprachprüfungen im
19 Deutschen, um Qualität sicherzustellen und Missbrauchskontrolle zu ermöglichen
- 20 • Abschaffung von Quoten- und Fördervorgaben nach dem Berliner Partizipationsgesetz
- 21 • Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft bei Doppelstaatlern, die wegen
22 schwerer Straftaten verurteilt sind, insbesondere wegen Mord und Totschlags, schwerer
23 Sexualstraftaten, Terrorismus, schweren Raubes oder schwerer Drogenkriminalität,
24 sowie bei Personen, die als Gefährder eingestuft sind oder im Zusammenhang mit einer
25 kriminellen Organisation oder einem kriminellen Clan sicherheitsbehördlich oder
26 strafrechtlich in Erscheinung getreten sind. Berlin muss im Bundesrat entsprechende
27 Initiativen ergreifen und die landesrechtlichen Spielräume bei der Rücknahme
28 rechtswidriger Einbürgerungen konsequent nutzen.

Schule und Bildung

Bildung statt Ideologie

Die Schule ist nicht der Reparaturbetrieb der Gesellschaft und darf nicht als Projektionsfläche für Utopien und Ideologien missbraucht werden. Die Aufgabe von Lehrern ist es in allererster Linie, gute Bildung zu vermitteln und die Voraussetzungen für die Entfaltung von Begabungen und ein gelingendes Berufsleben ihrer Schüler zu schaffen. Um dies zu ermöglichen, setzen wir uns für eine Stärkung der „Autonomie der Pädagogik“ und gegen eine Ideologisierung der Schüler ein. Deshalb muss auch im Schulunterricht das Indoktrinationsverbot gelten, kontroverse Themen müssen kontrovers behandelt werden. Dies muss künftig auch für Schulbücher gelten. Im Bereich der politischen Bildung ist der Fokus wieder auf die Grundlagen des politischen Systems und des Staatsaufbaus zu legen. Ideologische Kampagnen unter dem Deckmantel politischer Bildung und der Wildwuchs im Zuwendungsbereich müssen gestoppt werden.

Unsere Forderungen für gute Bildung in Berlin:

Inhalte im Unterricht: Rahmenlehrpläne überarbeiten

Die AfD will die Grundfertigkeiten in den Mittelpunkt stellen: Lesen, Schreiben, Rechnen. Die Rahmenlehrpläne werden wir überarbeiten. Oberstes Ziel muss es sein, dass Schulabgänger wieder über eine echte Ausbildungsreife bzw. Studierfähigkeit verfügen. In den Lehrplänen werden wir mehr Wissensinhalte verbindlich festlegen, dazu gehört auch ein verbindlicher Kanon deutscher Werke.

An den Grundschulen wollen wir die Fächer Heimatkunde und Werken wiedereinführen. An den weiterführenden Schulen wollen wir die ökonomische Bildung stärken und den Informatikunterricht ausbauen. Religionsunterricht und Ethik sollen Wahlpflichtfächer werden.

Bei der Berufsorientierung unterstützen wir die Einbindung von Unternehmen. Eine Einbeziehung von politisch-ideologischen Lobbygruppen mit eigener Agenda in den Unterricht lehnen wir ab. Pro-aktiv „sexualisierende Sexualerziehung“, die Schüler über Formen des Lustgewinns informieren will, lehnen wir als grenzüberschreitend ab.

Disziplin und Leistungswillen zurückbringen

Ohne Mühe und Anstrengung gibt es keinen Bildungsfortschritt. Selbstdisziplin und Frustrationstoleranz der Schüler sind für erfolgreichen Unterricht unabdingbar. Mit der AfD wird an Schulen das Leistungsprinzip rehabilitiert und wieder Selbstdisziplin vermittelt. Kopfnoten wie auch Schulvereinbarungen zu Disziplin können dazu beitragen. Ein Vorbild hierbei ist das Schulkonzept von Michael Rudolph, ehemals Leiter der Bergius-Schule. Zur Stärkung der Freude an Leistung werden wir Schülerwettbewerbe ausweiten. Für störende Schüler werden wir Auszeiträume („Time-out-Räume“) einrichten.

Schulplatzvergabe und differenziertes Schulsystem

Die AfD setzt sich für den Erhalt eines differenzierten Schulsystems und eine leistungshomogene Zusammensetzung der Klassen ein. Die Vergabe von Plätzen an weiterführenden Schulen muss sich konsequent an den Noten und der Wohnortnähe orientieren sowie eine Geschwisterkinderregel umfassen. Die Vergabe von 30 % der Schulplätze über das Losverfahren werden wir abschaffen. Wir halten an den freiwilligen Aufnahmetests zum Gymnasium fest. Eine Abschulung vom Gymnasium muss möglich sein.

Die AfD will hochbegabte Kinder bereits ab der Kita ihrem Potential entsprechend fördern. Für die gezielte Förderung von Hochbegabten (2 % der Bevölkerung) wollen wir sieben bestehende Gymnasien zu Eliteschulen für hochbegabte Kinder weiterentwickeln. Die Deckelung der Plätze an grundständigen Gymnasien wollen wir aufheben.

Integrierte Sekundarschulen, die über keine eigene gymnasiale Oberstufe verfügen, wollen wir beim Ausbau mit Werkstätten privilegieren. Unser Fernziel ist die Schaffung eines neuen Schultyps, der Praxisschule.

Die deutsche Sprache als Schlüssel zur Bildung

Die Verpflichtung zur Sprachstandsfeststellung im Kita-Alter und zur Sprachförderung muss konsequenter umgesetzt werden. Zur Verbesserung der Sprachkompetenz und zur Vermeidung von Konfliktsituationen ist es notwendig, Deutsch als Schulsprache im Schulgesetz festzulegen und durchzusetzen.

Der erfolgreiche Schulversuch „Differenzierte Sprachförderkonzepte“ („Deutsch-Garantie-Klassen“) sollte ausgeweitet werden: An Berliner Grundschulen mit einem hohen Anteil von Schülern nicht-deutscher Herkunftssprache (ndH) wollen wir Spezialklassen einrichten, in die nur Kinder aufgenommen werden, die – nachgewiesen durch ein wissenschaftlich fundiertes Testverfahren – eine hohe Kompetenz im Bereich der deutschen Sprache aufweisen. Schüler benötigen eine frühzeitige korrektive Rückmeldung, daher setzen wir auf die Fibelmethode und das Diktat.

Wir halten am Erlernen der verbundenen Schreibschrift fest. Die Verwendung von sog. Gender-Sprache werden wir an Schulen untersagen.

Schule als Lern- und Lebensraum

Es darf keine weitere Verschiebung geplanter Schulsanierungen oder Schulneubauten geben. Kürzungen zu Lasten der Raumgröße beim Schulbau sind inakzeptabel und würden später bereut. Wir wollen architektonisch ansprechende Schulbauten, die zugleich modernen pädagogischen Anforderungen entsprechen, statt schnell hochgezogene Modulare Ergänzungsbauten (MEB). Schulhöfe müssen bewegungsfördernd und mit viel Grün gestaltet werden. Wir wollen Natur-Erlebnis-Schulhöfe, weniger Versiegelung. Schulbibliotheken werden wir adäquat ausstatten.

Wir schaffen eine vollständige Lernmittelfreiheit und halten am kostenlosen Schulmittagessen fest. Die Anordnung, aus Klimaschutzgründen nahezu gänzlich auf Fleisch zu verzichten, werden

wir zurücknehmen. In den Schulen bieten wir gesundes regionales Essen mit der ganzen Bandbreite unserer landwirtschaftlichen Produkte an.

Die AfD unterstützt schulische Initiativen, um Engagement und Verantwortungsbereitschaft der Schüler zu stärken.

Dazu gehören der Schülerhaushalt und die Beteiligung an der täglichen Schulorganisation durch Kinderhausmeister, Mitwirkung bei der Schulreinigung und Essensausgabe.

Die AfD wird Mittel bereitstellen, um an allen Schulen Fahnenmasten zu errichten, an denen die Deutschlandfahne gehisst wird. Die Einführung von Schulkleidung auf freiwilliger Basis wird die AfD finanziell unterstützen.

Die Digitalisierung im Unterricht darf nicht von naiver Hoffnung vorangetrieben werden, sondern muss pädagogisch sinnvollen Konzepten folgen. Die Digitalisierung in der Schulverwaltung werden wir indes vorantreiben.

Die AfD will die Grundschule bildschirmfrei halten, dazu gehört auch ein Verbot der Verwendung von Smartphones. Auch an den weiterführenden Schulen werden wir das Mitführen von Smartphones restriktiver handhaben, damit die Aufmerksamkeit im Unterricht und die sozial-emotionale Entwicklung der Schüler nicht beeinträchtigt werden.

Schulqualität und Lernkultur

Massiver Unterrichtsausfall wie auch nicht fachgerecht erteilter Unterricht verringern die Erfolgchancen unserer Schüler. Die AfD fordert ein Unterrichtsgarantiegesetz und eine Lehrerausstattung von 110 %. Die maximale Klassengröße muss ins Schulgesetz aufgenommen werden. Zur stärkeren Kontrolle der Unterrichtsqualität setzen wir auf gezielte Unterrichtsbesuche und Stärkung der Schülerevaluation.

Schüler aus bildungsfernen Elternhäusern sind mit dem Ansatz des selbst organisierten Lernens oftmals überfordert und benötigen die direkte Instruktion im lehrerzentrierten Unterricht. Ein gelingender Bildungsweg bedarf konsequenter Rückmeldungen zur jeweiligen Lernentwicklung der Schüler. Die AfD hält deshalb vom Grundsatz her an der Notengebung fest. Wo es notwendig ist, muss die Wiederholung einer Klasse erfolgen.

Trendumkehr für Brennpunktschulen

Für größtmögliche Transparenz bei der Schulwahl schafft die AfD ein Online-Portal, mit schulscharfen Daten zur Über- und Unternachfrage bei den Anmeldungen, zur Quote von Schülern nicht-deutscher Herkunftssprache, zur Zahl der Quereinsteiger, zur prozentualen Lehrerausstattung usw.

Statt teurer Symbolpolitik wird die AfD an Brennpunktschulen nur solche Maßnahmen umsetzen, deren positive Effekte auf den Bildungserfolg wissenschaftlich nachgewiesen sind. Statt einer Brennpunktzulage sollen Lehrer an Brennpunktschulen Entlastung beim Umfang der zu erbringenden Unterrichtsstunden erhalten.

Um Schuldistanz frühzeitig begegnen zu können, wollen wir verbindlich regeln, dass das Jugendamt über Schulversäumnisanzeigen informiert wird. Dazu wollen wir in jedem Bezirk ein RSD-Team (Regional Schuldistanz) installieren. Schulversäumnisanzeige und digitales Klassenbuch wollen wir miteinander verbinden, sodass eine Schulversäumnisanzeige automatisch erstellt wird.

Null-Toleranz-Strategie bei Gewalt an Schulen

Die AfD wird konsequente Maßnahmen gegen Gewalt an Schulen umsetzen. Auch übergriffiges Verhalten unterhalb der Strafbarkeitsgrenze gegenüber Mitschülern und Lehrern muss konsequent geahndet werden. Zur Stärkung der Generalprävention setzen wir bei Gewalt gegen Lehrer durch Schüler oder durch Dritte auf ein verbindliches Melde-verfahren und Einschalten der Polizei. Die Schule muss auch umgehend informiert werden, wenn einer ihrer Schüler außerhalb der Schule durch Gewalttaten aufgefallen ist. Ausschluss von der Schule muss möglich werden, wenn eine ernstliche Gefahr für die anderen Schüler vorliegt. Für fremdgefährdende Kinder und Jugendliche schaffen wir alternative Formen der Beschulung.

Alternativen zur staatlichen Schule

Wir setzen uns für eine leichtere Gründung von Freien Schulen ein. Die Wartezeit sollte auf ein Jahr beschränkt werden, die Kosten müssen dann nachträglich erstattet werden. Für die Freien Schulen wollen wir ein bedingungsloses Vollkostenmodell statt nur 93 % der vergleichbaren Personalkosten. Für die Anwendung der Schulgeldtabelle muss es künftig für die Schulen einen finanziellen Ausgleich geben. Von besonderen Maßnahmen und Sonderprogrammen sollen immer auch die Freien Schulen profitieren können.

Schulische Inklusion mit Augenmaß

Die AfD wird den Mangel an Schulplätzen für Kinder mit Einschränkungen, insbesondere für Kinder mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung, beheben. Dem Elternwillen entsprechend wird die AfD den Fortbestand der Förderschulen sichern. Allgemeine Schulen sind nur dann zur Inklusion zu verpflichten, wenn begründete Aussicht besteht, dass der Schüler das Bildungsziel der betreffenden Schulform erreichen kann und die Klasse durch den Schüler nicht über Gebühr beeinträchtigt wird. Zieldifferenter Unterricht soll nur an Inklusiven Schwerpunktschulen möglich sein. Nach Bayerischem Vorbild möchten wir an allgemeinen Schulen Außenklassen (Partnerklassen) von Förderschulen einrichten.

Berufliche Orientierung und berufliche Bildung

Im Rahmenlehrplan WAT werden wir die Berufsorientierung stärker abbilden. Die Berufsorientierung muss praxisnah erfolgen, d.h. durch praktische Einblicke in Betriebe.

Gegenüber der vollschulischen Ausbildung setzen wir auf die Stärkung der dualen Ausbildung. Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab, wir setzen auf einen Ausbildungskonsens mit der Wirtschaft und steuerliche Entlastung für Ausbildungsbetriebe.

Die Berufsschulen werden wir in ihrer sachlichen und personellen Ausstattung stärken. Das 11. Pflichtschuljahr für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz darf nicht zur Warteschleife verkommen. Nach Hamburger Vorbild wollen wir ein Landesinstitut für berufliche Bildung gründen. Nach dem Vorbild von Studentenwohnheimen werden wir Azubi-Wohnheime schaffen.

Als Möglichkeit zur Weiterqualifikation nach der Berufsausbildung fördern wir die Aufstiegsfortbildungen (z.B. die Meister- oder Technikerausbildung) finanziell. Auch Menschen auf dem zweiten Bildungsweg wollen wir stärken. Die Angebote zur Grundbildung sollten sich auf die Basiskompetenzen konzentrieren.

Hochschulen, Wissenschaft und Forschung

Wissenschaftsfreiheit statt Ideologie

Der Wissenschafts- und Forschungsstandort Berlin ist eine der entscheidenden Ressourcen für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Grundlegende Voraussetzung für das Gedeihen von Wissenschaft und Forschung ist die Wahrung der Wissenschafts- und Forschungsfreiheit. Leider hat in den letzten Jahren und insbesondere seit dem Überfall der Hamas auf Israel eine neue Welle der politischen Unduldsamkeit unsere Hochschulen erfasst. Postkoloniale Theorien wie die *Critical Race Theory* oder *Critical Whiteness* vernebeln zahlreiche Akademikerköpfe und haben zu einer starken Ideologisierung von Forschung und Lehre geführt. Die Folge sind Meinungskonformismus und Cancel Culture, wo eigentlich das offene Wort gepflegt und kritisch diskutiert werden müsste. Die AfD setzt sich entschieden dafür ein, die verengten Meinungskorridore an den Hochschulen aufzubrechen und der Freiheit von Forschung und Lehre wieder Geltung zu verschaffen.

Unsere Forderungen für gute Hochschulbildung, freie Wissenschaft und leistungsfähige Forschung in Berlin:

Ordnung und Sicherheit an den Hochschulen

Immer wieder gerät der Hochschulbetrieb ins Visier politischer Aktivisten, die den ordnungsgemäßen Hochschulbetrieb stören, Hörsäle besetzen oder sogar verwüsten. Erforderlich sind Härte und Konsequenz, um gegen Hausbesetzer und Judenhass an den Hochschulen nachhaltig vorgehen zu können. Wer an Hochschulen randaliert, Eigentum zerstört oder jüdisches Leben bedroht, darf nicht mit Nachsicht rechnen.

Im Berliner Hochschulgesetz werden wir das Ordnungsrecht verschärfen, um die Räumung von Hausbesetzungen zu erleichtern und gewalttätige Störer zügig der Hochschule verweisen zu können. Auch die reguläre Vergabe universitärer Räume für Zwecke der außerhochschulischen politischen Agitation muss konsequent unterbunden werden. Nur so kann die Neutralität der Hochschulen gewährleistet werden.

Cancel Culture zurückdrängen

In zunehmendem Maße wird die Freiheit von Forschung und Lehre durch „Cancel Culture“ gefährdet. Wir unterstützen das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ bei seinem Anliegen, die Freiheit von Forschung und Lehre gegen ideologische Einschränkungen zu verteidigen. Als Konzept gegen „Cancel Culture“ schlagen wir vor, die Berliner Hochschulen über das Hochschulgesetz dazu zu verpflichten, dem Beispiel der Universität Hamburg zu folgen, die sich einen „Kodex Wissenschaftsfreiheit“ gegeben hat, um Angriffen gegen die Wissenschaftsfreiheit besser entgegenzutreten zu können.

Hochschulautonomie und Hochschulverwaltung

Wir wollen die Hochschulautonomie stärken und den Hochschulen mehr Handlungsspielraum geben, statt sie durch ausufernde Detailregelungen im Hochschulgesetz zu gängeln. Dazu wollen wir den Anwendungsbereich der Innovationsklausel (früher Erprobungsklausel) im Hochschulgesetz erweitern. Die Forderung nach Viertelparität lehnen wir ab; die Professorenmehrheit muss gewahrt bleiben.

Transfer aus der Wissenschaft – Hochschulen als Wirtschaftsmotor

Forschung und Wissenschaft bilden einen unverzichtbaren Innovationsmotor für die Berliner Wirtschaft. Deshalb braucht Berlin eine zukunftsweisende Transferstrategie. Analog zum Forschungssemester sollten Transfersemester die Übertragung wissenschaftlicher Kenntnisse in praktische Anwendungen erleichtern. Als Beitrag zum hochschulweiten Technologietransfer wollen wir das Technologiescouting und die Validierungsforschung stärken. Außerdem schlagen wir vor, mit einem überprüfbaren Indikatoren-Set den Wissenschaftstransfer dauerhaft in den Hochschulverträgen zu verankern.

Forschungsinfrastruktur und Hochschulbau, BESSY III

Viele Gebäude der Berliner Hochschulen genügen den universitären Anforderungen nicht oder sind marode. Die notwendigen Sanierungsmaßnahmen dürfen nicht länger auf die lange Bank geschoben werden. Wir werden darauf achten, dass die geplante neue Hochschulbaugesellschaft kein Instrument wird, um Zins und Tilgung für die Sanierungskosten vom Landeshaushalt auf die Universitäten abzuwälzen oder die Beschäftigten der Hochschulen einem Lohndumping auszusetzen.

Die AfD steht für eine starke Forschungsinfrastruktur. Wir setzen uns dafür ein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die lange geplante Forschungsanlage BESSY III Mitte der 2030er endlich in Betrieb gehen kann.

Hochschulfinanzierung: Investition in Spitzenforschung und nachgelagerte Studiengebühren

Unser Anspruch ist es, dass die Berliner Universitäten auf Augenhöhe mit den weltweit führenden Wissenschafts- und Forschungsstandorten agieren. Zu diesem Zweck schlagen wir vor, eine zusätzliche Forschungsmilliarde in Wissenschaft und Forschung zu investieren. Wir wollen die entstandene Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln zurückfahren und deshalb die Grundfinanzierung der Hochschulen erhöhen.

Die AfD unterstützt die Einführung nachgelagerter Studiengebühren, weil dies sozial gerecht ist und den Hochschulen zusätzliche Mittel für eine exzellente Lehr- und Forschungstätigkeit an die Hand gibt. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Kosten für die Ausbildung von späteren Top-Verdienern durch Handwerker, Arbeiter und andere Nichtakademiker durch ihre Steuern quersubventioniert werden sollen. Um kein unwägbares Risiko durch die Aufnahme eines Studiums einzugehen, soll die Höhe der Rückzahlung von der Höhe des späteren Einkommens abhängig sein. Nur, wer später deutlich überdurchschnittlich verdient, muss dann etwas zurückgeben.

Weiterführung der Kommunismusforschung in Berlin

Nach der Abwicklung des „Forschungsverbands SED-Staat“ gibt es in Berlin kein wissenschaftliches Institut mehr, das sich explizit mit Kommunismus- und DDR-Forschung beschäftigt. Wir setzten uns dafür ein, dass auf dem sogenannten ‚Campus für Demokratie‘ auf dem ehemaligen Stasi-Gelände in Lichtenberg ein Institut für Kommunismusforschung geschaffen wird, das diese Lücke in der Berliner Forschungslandschaft wieder schließt.

Sicherheits- und Militärforschung

Militärische Forschung ist ein entscheidender Faktor bei der Sicherung der Einsatzfähigkeit unserer Streitkräfte. Wer sicherheitsrelevante Forschung grundsätzlich verweigert, schwächt die Verteidigungsfähigkeit und gefährdet dadurch Menschenleben. Deutschland kann bei militärischen Innovationen nicht ausschließlich Trittbrettfahrer ausländischer Forschung sein. Wir wollen die Universitäten deshalb dazu anhalten, militärische Forschung grundsätzlich zu ermöglichen.

Forschung ermöglichen - Tierversuche verzichtbar machen

Derzeit wird die Krebsforschung in Berlin, die auf Tierversuche angewiesen ist, durch langwierige Genehmigungsverfahren ausgebremst. Wir wollen den Nutzen dieser Antragsbürokratie und das Verbandsklagerecht überprüfen. Die zu beobachtende Abwanderung von Forschung ins Ausland schadet den Patienten und dem Forschungsstandort Berlin.

Um die weiterhin hohe Zahl an Tierversuchen so weit wie möglich zu reduzieren, wollen wir die anerkannte 3R-Forschung (Replace, Reduce, Refine) stärken und finanziell absichern. Wir unterstützen die Forderung, durch eine Prä-Registrierung der doppelten Durchführung von gleichen Versuchsreihen entgegenzuwirken.

„Brain-Drain“ stoppen: Attraktive Arbeitsplätze für Wissenschaftler

Jung-Wissenschaftler leiden besonders darunter, dass sie im Vergleich zu anderen Berufen sehr lange in unsicheren Arbeitsverhältnissen und Zeitverträgen stecken. Deshalb wollen wir die Zahl der entfristeten Stellen in der Wissenschaft erhöhen und über die Hochschulverträge die dafür notwendigen Mittel bereitstellen. Zugleich muss sichergestellt werden, dass es auch weiterhin in ausreichendem Umfang offene Stellen für den kommenden wissenschaftlichen Nachwuchs gibt.

1 Darüber hinaus fordern wir konkrete Maßnahmen, um den für Deutschland verhängnisvollen
2 „Brain-Drain“ qualifizierter Wissenschaftler umzukehren. So schlagen wir ein
3 Rückkehrprogramm für junge deutsche Wissenschaftler im Ausland und ein
4 Rekrutierungskonzept nach dem Vorbild des „Rising Stars“-Programms der LMU München vor,
5 um Nachwuchswissenschaftlern bessere Perspektiven bieten zu können.

6 7 **Familienfreundliche Hochschulen**

8 Junge Wissenschaftler zögern oft zu lange mit der Familiengründung, um ihre Karrierechancen
9 nicht zu gefährden. Die AfD setzt sich dafür ein, dass familiäre Verpflichtungen keine Nachteile
10 für junge Wissenschaftler nach sich ziehen. Dazu ist es erforderlich, dass die Zeiten für die
11 familiäre Betreuung bei der Verlängerung von Arbeitsverträgen und bei Auswahlverfahren noch
12 stärker berücksichtigt werden. Die bestehenden Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit wie
13 Dual-Career-Service, Tenure Track, Hochschul-Kitas sowie Familienbüros müssen ausgebaut
14 werden. Beim Bau von Studentenwohnheimen wollen wir die Bedürfnisse von Studenten mit
15 Kindern stärker als bislang berücksichtigen und entsprechenden Wohnraum schaffen.

16 17 **Internationalität der Hochschulen und Deutsch als Wissenschaftssprache**

18 Die zunehmende Dominanz des Englischen als Wissenschaftssprache sehen wir kritisch. Damit
19 Wissenschaft nicht Angelegenheit von abgehobenen Eliten wird, wollen wir Deutsch als
20 Wissenschaftssprache stärken.

21
22 Analog zur Praxis in Baden-Württemberg wollen wir Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger
23 einführen. Die darüber zusätzlich gewonnen Mittel sollen in Maßnahmen zur Förderung des
24 internationalen Studentenaustauschs investiert werden.

25 26 **Studium und studentische Belange**

27 Der Schulabschluss mit Abitur belegt in vielen Fällen leider nicht mehr die Studierfähigkeit der
28 Schulabsolventen. Die Berliner Hochschulen sollen daher das Recht erhalten, für einen Teil ihrer
29 Studienplätze eigene Aufnahmeprüfungen durchzuführen.

30
31 Zur Verbesserung der Betreuungsrelation schlagen wir vor, die Kapazitätsverordnung zu
32 überarbeiten und mehr Mittel für die Lehre bereitzustellen. Auch die Stärkung und
33 Qualitätssicherung für das Duale Studium ist uns ein besonderes Anliegen.

34
35 Die Gremien der Verfassten Studentenschaft an den Berliner Universitäten haben immer wieder
36 durch fragwürdige Ausgaben und Intransparenz von sich reden gemacht. Oftmals verfolgen
37 studentische Amtsträger die Interessen linksradikaler Kleingruppen, statt das Wohl aller
38 Studenten im Auge zu behalten. Mit der üblichen Wahlbeteiligung von unter 10 % fehlt es den
39 studentischen Gremien zudem an politischer Legitimation. Immer wieder maßen sie sich ein
40 „allgemeinpolitisches Mandat“ an, das ihnen nicht zusteht. Mit ihren Forderungen nach einem
41 Boykott israelischer Partneruniversitäten haben sich die ASten der drei großen Berliner
42 Universitäten selbst ins Abseits geschossen. Deshalb halten wir eine grundlegende Reform der
43 Verfassten Studentenschaft für unerlässlich. Als Vorbild betrachten wir das bayerische Modell

einer Unabhängigen Studentenschaft, das ohne eine Zwangsmitgliedschaft und ohne den verfassungsrechtlich bedenklichen Zwangsbeitrag für alle Studenten auskommt.

Lehrerausbildung verbessern und entideologisieren

Angesichts des anhaltenden Lehrermangels halten wir an einer hohen Zahl an Lehramtsabsolventen als Zielmarke fest. Zur Stärkung der Lehrerausbildung in Mangelfächern fordern wir ein Stipendienprogramm für Studienanfänger, die sich zu einer späteren Lehrtätigkeit in Berlin verpflichten.

Als Reformschritte zur Verbesserung der Lehrerausbildung schlagen wir die schrittweise Umstellung auf eine einphasige Lehrerausbildung in Form eines Dualen Studiums und perspektivisch die Gründung einer Pädagogischen Hochschule in Kooperation mit den Universitäten vor.

Im Lehrkräftebildungsgesetz wollen wir den Schwerpunkt weg von den politisch vorgegebenen Themen wie „Diversity“, „Queer“ und „Gender“ hin zu denjenigen Themen verlagern, welche die Lehramtsabsolventen in der Multikohortenstudie als besonders wichtig benannt haben: Unterrichtsplanung, Klassenführung, Stressmanagement und digitale Medienbildung.

Verkehr

Freiheit statt Ideologie

Berlin braucht eine Verkehrswende, die die Bürger nicht ausbremst, sondern voranbringt. Wir setzen auf Flexibilität statt Ideologie. Die Freiheit, selbst zu wählen, wie man sich in unserer Stadt fortbewegt, ist für uns Ausdruck einer modernen urbanen Gesellschaft. Gleichzeitig verstehen wir Verkehrspolitik als Teil der Stadtentwicklung: Sie muss Räume schaffen, statt sie zu verengen.

Unsere Forderungen für sichere und zuverlässige Hauptstadt-Mobilität:

Für mehr Sicherheit im Verkehr

Für die AfD hat Verkehrssicherheit höchste Priorität. 37 Verkehrstote und über 1.800 Schwerverletzte im Berliner Straßenverkehr zeigen, dass die Anstrengungen für mehr Verkehrssicherheit deutlich verstärkt werden müssen.

Die AfD fordert:

- die Richtlinien für das Sicherheitsaudit an Straßen (RSAS) im Land Berlin flächendeckend und verbindlich umzusetzen
- die Sichtbeziehungen an Knotenpunkten, Querungsstellen, Haltestellen sowie im Schulumfeld konsequent zu kontrollieren und zu verbessern
- die Ergebnisse der Unfallkommission systematisch umzusetzen

- die beschleunigte Beseitigung festgestellter Gefahrenquellen
- ein landesweites Unterstützungsprogramm „Sichere Schulwege 2030“
- den Ausbau intelligenter Verkehrssteuerung
- ein Programm „Sichere Knoten 2030“

Für einen leistungsfähigen und attraktiven ÖPNV

Ein leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr ist der Schlüssel zu flächendeckender, bezahlbarer Mobilität. Um einen freiwilligen Umstieg der Berliner auf den ÖPNV zu unterstützen, muss dieser attraktiver werden.

Die AfD fordert:

- Eine Offensive zur Personalgewinnung bei BVG und S-Bahn
- Einen zügigen Ausbau des Schienennetzes und Einsatz moderner, ressourcenschonender Verkehrssysteme wie Seilbahnen
- Barrierefreiheit nicht nur für in der Mobilität beeinträchtigte Personen, sondern auch für kognitiv Beeinträchtigte auszubauen
- Effektive ÖPNV Anbindungen fertig stellen, bevor neue Stadtgebiete bezogen werden
- Beschleunigung des ÖPNV durch optimierte Vorrangschaltungen
- Zügige Einführung digitaler Zugleittechnik (CBTC) zur Erhöhung der Taktfolge und zur sicheren Trennung von Bahnsteig und Gleiskörper
- Tarifliche Angebote die Pendler schon in Brandenburg auf den ÖPNV umsteigen lassen
- Gemeinsame Sicherheits- und Sauberkeitsstreifen auf allen U-Bahn Linien, ein einheitliches Notrufsystem
- Vereinfachtes Ticketing durch Mobilitätskonten, die den ÖPNV, Carsharing-Angebote und Mikromobilität integrieren
- Zugangsbeschränkungen für Personen ohne Fahrschein
- Bessere Einbindung des Regionalverkehrs in das Gesamtnetz

Für diskriminierungsfreien Autoverkehr

Der motorisierte Individualverkehr bleibt für uns auch in Zukunft ein unverzichtbarer Bestandteil urbaner Mobilität. Das Auto ist nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung für alle, die auf Flexibilität angewiesen sind.

Die AfD fordert:

- Eine vorausschauende Sanierung maroder Brücken, um Abrisse zu vermeiden
- Den Aufbau eines Infrastruktur-Monitoring, das systematisch Zustand und Ausbaubedarf von Straßen und Parkraum erhebt
- Die Realisierung des 17. Bauabschnitts der A 100 zur Entlastung der Elsenbrücke und Lückenschluss des inneren Autobahnring
- Baustellenorganisation und -koordination müssen verbessert und digitalisiert, der Informationsfluss zu den Verkehrsteilnehmern transparenter werden
- Unterirdische Verkehrsführungen schaffen um oberirdisch neue Spielräume zu erhalten
- Statt mit Kiezblocks Wohngebiete abzusperren, muss der Verkehrsfluss auf Hauptverkehrsstraßen verbessert werden

- Beseitigte Parkplätze wiederherstellen, ein digital vernetztes Parkplatzmanagement einführen, Parkraumbewirtschaftung auf das notwendige Maß zurückführen
- Anwohnerparken muss preisgünstig bleiben , durch digitalisierte Antragsbearbeitung müssen Verwaltungskosten gesenkt werden
- Park-and-Ride-Standorte am Stadtrand sind auszubauen

Für einen funktionierenden urbanen Wirtschaftsverkehr

Funktionierende Wirtschaftsmobilität und Logistik sind die Lebensader unserer Stadt.

Die AfD fordert:

- Ein Logistikkonzept für Berlin, das nicht auf Verknappung, sondern auf Integration und Effizienz setzt
- Erhalt, Ausbau und Kontrolle von Lade- und Lieferzonen
- Die Einführung digitaler Lieferzonensysteme, bei denen Handwerker und Lieferanten Plätze per App reservieren können
- Stadtteilbezogene Mikro-Logistikzentren
- Die Umsetzung eines Projektes „Paketzustellung per Drohne“ in einem Pilotbezirk

Für Radverkehr ohne ideologische Schlagseite

Der Radverkehr ist ein bedeutender Bestandteil urbaner Mobilität. Ziel muss ein Radverkehrsrausbau mit Augenmaß sein, der nicht auf Verdrängung setzt, sondern auf der Koexistenz unterschiedlicher Fortbewegungsmittel basiert.

Die AfD fordert:

- Einen bedarfsgerechten Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur durch besseres Radverkehrsmonitoring
- Zielgerichtete Streckenführung auf Nebenstraßen, die benachbart und parallel zu Hauptstraßen verlaufen
- Markierungslösungen statt Modalfilter
- Signaltechnik die Rotlichtverstöße minimiert
- Ein „1000-Räder-Programm“, das modulare, abschließbare Abstellanlagen vorsieht

Für barrierefreien Fußgängerverkehr für alle Generationen

Der Fußverkehr ist die Grundlage urbaner Nahmobilität. Seine Attraktivität orientiert sich an Sicherheit, Komfort und Barrierefreiheit der Fuß- und Gehwege.

Die AfD fordert:

- Eine Initiative „Gehweg 2030“, mit der die Gehweginfrastruktur Berlins systematisch saniert wird. Dazu gehören:
 - + die Beseitigung von Stolperfallen und unebenem Pflaster
 - + Durchgängige Bordsteinabsenkungen an Querungsstellen
 - + Eine koordinierte Beleuchtungs- und Sicherheitsstrategie
- Die Vermeidung von Engstellen durch abgestellte E-Scooter, Fahrräder oder durch Stadtmöbel

- Die Umwidmung von Fußwegen für Radverkehr oder Shared-Mobility-Zonen nur vorzunehmen, wenn die Restbreite ausreichend ist

Für Neue Formen der Mobilität in Berlin

Berlin soll Modellstadt für innovative Mobilität werden – offen für Ideen, aber kritisch mit Blick auf Nutzen, Akzeptanz und Kosten.

Die AfD fordert:

- Einen „Zukunftsfonds Mobilität Berlin“, gespeist aus zweckgebundenen Infrastrukturmitteln, der Pilotprojekte fördert, ohne Regelbetrieb vorzunehmen
- Die Einführung eines stadtweiten digitalen Baustellenregisters
- Digitalisierung, um Verfügbarkeit und Bedarfe abzugleichen
- Modulare Mobilstationen an zentralen Umsteigepunkten
- Urbane Luftmobilität planungsrechtlich vorzubereiten
- Einen Pilotbezirk für das Projekt „Paketzustellung per Drohne“
- Die Einführung autonom fahrender Busse in ausgewählten Bereichen

Für mehr Realitätssinn in der Verkehrspolitik - Umbau des Berliner Mobilitätsgesetzes

Statt auf sachgerechte Bedarfsanalysen und technische Machbarkeit zu setzen, verfolgt das Mobilitätsgesetz das Ziel einer einseitigen „Verkehrswende“.

Die AfD fordert:

- Die Umwandlung des Gesetzes in ein funktionales Infrastrukturgesetz
- Die ersatzlose Streichung des Vorrangs des Umweltverbundes zugunsten eines fairen Miteinanders
- Eine Absage an pauschale Verkehrsberuhigung
- Eine Rücknahme utopischer Ausbauvorgaben des Radverkehrsnetzes ohne Realitätsbezug

Wirtschaft und Soziales

„Mehr Freiheit ermöglicht wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit“ – Für eine wirtschaftlich florierende und sozial gerechte Hauptstadt

Berlin steht am Scheideweg. Jahrzehnte links-grüner Politik haben unsere Stadt wirtschaftlich geschwächt und sozialpolitisch überdehnt. Bürokratie, Steuerlast und Bevormundung ersticken Unternehmergeist, Leistungswillen und Eigenverantwortung. Gleichzeitig werden soziale Leistungen immer weniger an tatsächliche Bedürftigkeit, Arbeitsbereitschaft und Lebensleistung geknüpft.

Politische Fehlentwicklungen wie unregelte Migration, Energiepreisexplosion und eine wirtschaftsschädliche EU-Politik setzen die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft zusätzlich unter Druck und müssen dringend korrigiert werden. Betriebe brauchen Planungssicherheit und eine Entlastung von zu hohen Kosten und staatlicher Gängelung. Unser Leitbild ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft.

Die AfD wagt den Neuanfang

Wir stehen für wirtschaftliche Freiheit, eine moderne, technologieoffene Industriepolitik und einen Sozialstaat, der fair, zielgerichtet und frei von ideologischen Fehlanreizen ist. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, die Schwächsten zuverlässig schützen und faire Rahmenbedingungen für Bürger und Betriebe schaffen. Berlin soll wieder eine Stadt werden, in der sich Arbeit lohnt, Unternehmertum gewürdigt und der gesellschaftliche Aufstieg möglich wird.

Mehr Freiheit wagen heißt:

- Gründergeist und Innovationsbereitschaft statt Gängelung und Überbürokratisierung
- Investitionen statt Ideologie
- Abbau von Abhängigkeiten und Hilfe zur Selbsthilfe statt immer neuer Transferinstrumente
- Starke Familien, starkes Handwerk, starker Mittelstand

Unsere Forderungen für ein wirtschaftlich starkes Berlin:

Verwaltung entpolitisieren – Wirtschaft priorisieren

Die Berliner Verwaltung muss wieder für die Bürger und Unternehmen da sein. Schluss mit grüner Klientelpolitik in Bezirksämtern, Planungsbehörden und Ausschüssen.

One-Stop-Shop für Gründer und Investoren: Mehr „Partner für Berlin“

„Partner für Berlin“ soll zu einem zentralen, digitalen Dienstleister für Unternehmensgründungen und Investoren ausgebaut werden – mit Mentoringprogramm und Komplettservice aus einer Hand. Dadurch könnten Investitionen in Berlin erheblich erleichtert werden.

Bürokratieabbau durch Regel-Moratorium - Reform des Berliner Vergabegesetzes

Alle wirtschaftsrelevanten Regeln und Vorschriften müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Neue Vorschriften dürfen nur bei nachgewiesenem Nutzen erlassen werden. Das Berliner Vergabegesetz muss an Haupt und Gliedern reformiert oder, falls das nicht möglich ist, abgeschafft werden.

Steuern und Abgaben senken

Für fordern eine Senkung der Gewerbesteuer und die Abschaffung ideologisch motivierter Zusatzlasten wie die CO₂-Bepreisung für Gewerbeimmobilien. Die Steuerpolitik muss endlich wieder wirtschaftsfreundlich und investitionsfördernd werden.

Investitionsoffensive statt Symbolpolitik

35 Milliarden Euro Investitionsrückstand bei Schulen, Verkehr, Verwaltung und öffentlicher Infrastruktur müssen gezielt und Schritt für Schritt abgebaut werden. Stattdessen keine weiteren Klima- oder Genderprojekte – wir investieren in das Fundament dieser Stadt.

Industriepolitik mit Zukunft – Berlin als Hochtechnologiestandort

Berlin muss wieder industrieller Kernstandort werden. Wir fördern gezielt die Ansiedlung von Unternehmen in den Bereichen:

- Luft- und Raumfahrt
- Gesundheitswirtschaft
- Halbleiter, KI,
- Robotik, 3D-Druck
- Quantencomputing und
- IT-Sicherheit

Flächen für Gewerbe und Industrie – transparent und verfügbar

Ein öffentliches Gewerbeflächenkataster und ein aktives Standortmarketing sollen Investitionen in Berlin erleichtern. Hierbei ist gewerbliche Nutzung klar zu priorisieren. Die „Berliner Mischung“ aus Wohnen, Arbeiten und Leben muss erhalten bleiben.

Handwerk und Ausbildung stärken

Wir setzen auf das Handwerk als Rückgrat des Mittelstands. Wir fordern:

- Die Einführung einer Meistergründungsprämie
- Die Förderung und Vereinfachung von Betriebsübernahmen
- Die Stärkung der betrieblichen Berufsausbildung
- Die verstärkte Kooperation zwischen Schulen, Handwerkskammern und IHK

Wissenschaft und Wirtschaft besser vernetzen - einen zentralen Ort für das Berliner Start-up-Ökosystem schaffen

Um die Innovationskultur in unserer Stadt zu stärken und den Transfer von Forschungsergebnissen in Entrepreneurship voranzubringen, wollen wir Spin-Offs erleichtern, Bürokratie abbauen und die Hochschulen stärker mit der Wirtschaft verzahnen. Zu diesem Zweck schlagen wir vor, einen zentralen Ort für das Berliner Start-up-Ökosystem nach dem Vorbild der *Station F* in Paris zu schaffen.

Tourismus, Einzelhandel und Gastronomie stärken

Tourismus, Einzelhandel und Gastronomie leiden immer noch unter den Langzeitfolgen der überzogenen Corona-Maßnahmen-Politik. Der Luftverkehr von und nach Berlin liegt im Gegensatz zu anderen europäischen Metropolen immer noch unter dem Vor-Corona-Niveau. Deshalb fordern wir:

- Die Abschaffung der ‚City-Tax‘ genannten Bettensteuer für Übernachtungen
- Den Rückbau der wuchernden Umwelt- und Bürokratieauflagen für Einzelhandel und Gastronomie
- Eine Reduzierung der Luftverkehrssteuer

Unsere Forderungen für ein sozial gerechtes Berlin:

Freiheit statt Abhängigkeit – Sozialpolitik neu denken - Eigenverantwortung der Bürger stärken

Der überdehnte Sozialstaat führt in Kombination mit der illegalen Massen- und Armutsmigration zu einer überhöhten Steuer- und Abgabenlast, zu wachsender Staatsverschuldung, überbordender Bürokratie und wachsender Abhängigkeit von staatlichen Leistungen. Eigeninitiative, familiäre Solidarität und gesellschaftliches Engagement werden dadurch geschwächt, Leistungsträger entmutigt oder ins Ausland gedrängt. Sozialpolitik bedeutet für uns: Eigenverantwortung fördern, Familien stärken und ehrenamtliches Engagement unterstützen. Wer unverschuldet in Not gerät, muss Hilfe von der Solidargemeinschaft erhalten – jedoch nicht als Dauerlösung, sondern an Eigeninitiative und Mitwirkung gebunden. Gleichzeitig schaffen wir mehr Netto vom Brutto und beenden die Überlastung durch überflüssige Bürokratie.

Sozialstaat effizient gestalten - Sozialausgaben überprüfen

Viele Leistungen werden dauerhaft bezogen, obwohl Erwerbsfähigkeit besteht – das demotiviert die Betroffenen und belastet die Solidargemeinschaft. Hilfe zur Selbsthilfe heißt für uns: Niedrigschwellige Unterstützung für Bedürftige, aber mit klaren Mitwirkungspflichten und strikten Kontrollen gegen Missbrauch. Regelmäßige Bedürftigkeitsprüfungen, Sanktionen bei Leistungsverweigerung und ein Vorrang für die Arbeitsaufnahme müssen selbstverständlich sein.

Ein Teil der Sozialausgaben fließt in ineffiziente Strukturen oder fördert Abhängigkeit statt Hilfe zur Selbsthilfe zu fördern. Wir fordern: Staatliche Hilfe muss bei den Bedürftigen ankommen – nicht in überbürokratisierten Trägerstrukturen versickern. Deshalb sind eine regelmäßige Wirksamkeitsprüfung von Programme und eine Begrenzung der Dauerförderung von Trägern und Vereinen unerlässlich.

Lohnabstandsgebot sichern

Sozialleistungen liegen in nicht wenigen Fällen auf oder sogar über dem Niveau von Erwerbseinkommen. Das demotiviert die Betroffenen und hält sie von der Arbeitsaufnahme ab. Deshalb muss grundsätzlich gelten: Wer arbeitet, muss spürbar mehr haben als derjenige, der es nicht tut – nur das ist gerecht und motiviert zur Arbeitsaufnahme.

Mindestlohn sichern

Der gesetzliche Mindestlohn schützt Beschäftigte vor Lohndumping und erlaubt eine Existenz jenseits der Armutsgrenze. Der überhöhte Berliner Landesmindestlohn hingegen verzerrt den

1 Wettbewerb und führt zu überhöhten Kosten, verkomplizierte Vergabeverfahren und weniger
2 Investitionen. Deshalb befürwortet die AfD den gesetzlichen Mindestlohn, lehnt den Berliner
3 Landesmindestlohn aber ab.

4 Unternehmerische Freiheit und wirtschaftliche Vernunft müssen Vorrang haben!

6 **Schwarzarbeit bekämpfen**

7 Schwarzarbeit untergräbt legale Beschäftigung, entzieht dem Staat und den
8 Sozialversicherungen Mittel und schadet ehrlichen Unternehmen. Der Rechtsstaat und das
9 Gebot der Fairness verlangen hier klare Regeln, die auch konsequent durchgesetzt werden.
10 Deshalb fordern wir mehr Kontrollen, wirksame Sanktionen und gezielte Aufklärung über Risiken
11 und Alternativen zur Schwarzarbeit.

13 **Berufliche Bildung stärken – Nein zur Ausbildungsplatzumlage**

14 Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel wachsen in Berlin gleichermaßen. Viele Betriebe
15 bilden nicht aus, weil geeignete Bewerber fehlen oder bürokratische und finanzielle Hürden zu
16 hoch sind. Insbesondere der Nachwuchs im Handwerk bricht weg, Wir setzen deshalb auf
17 verstärkte Förderung und verbesserte Rahmenbedingungen für betriebliche Ausbildung statt auf
18 Strafe und Überwachung – die Ausbildungsplatzumlage lehnen wir als kontraproduktiv und
19 demotivierend ab.

21 Um die Ausbildungsbereitschaft und die Ausbildungsfähigkeit zu verbessern, fordern wir eine
22 stärkere Berufsorientierung in unseren Schulen, den Ausbau der Jugendberufsagenturen und
23 gezielte Förderprogramme für Ausbildungsbetriebe. Dazu müssen ergänzend eine Erhöhung des
24 Aufstiegs-BAföGs (Meister-BAföG), eine Meistergründungsprämie sowie ein Fortbildungsfonds
25 nach niederländischem Vorbild kommen. Nur so lassen sich die berufliche Bildung sichern, das
26 Handwerk stärken und der Fachkräftemangel wirksam bekämpfen, statt die Unternehmen
27 bürokratisch zu gängeln und mit Mehrkosten zu belasten.

29 **Weiterbildung und qualifizierte Einwanderung**

30 Die Politik setzt zu einseitig auf Migration zur Fachkräftesicherung, statt in vorhandene
31 Potenziale zu investieren. Wir wollen in erster Linie diejenigen Menschen stärken, die schon hier
32 leben – durch Qualifizierung und Weiterbildung. Deshalb setzen wir auf die Förderung von
33 Berufsabschlüssen, gezielte Umschulungen und lebenslanges Lernen.

35 **Barrierefreiheit mit Augenmaß**

36 Barrierefreiheit wird in vielen Fällen ideologisch übersteuert – wichtige Maßnahmen scheitern an
37 der Überforderung kleinerer Träger und Kommunen.

38 Deshalb fordern wir den Ausbau der Barrierefreiheit mit Augenmaß und mit Orientierung am
39 tatsächlichen Bedarf. Der Ausbau von Barrierefreiheit soll vor allem in Behörden, im Nahverkehr
40 und im Gesundheitswesen vorangetrieben werden – aber mit realistischer Finanzierung und
41 klarer Schwerpunktsetzung.

Behindertenwerkstätten fördern

Werkstätten für Behinderte werden in letzter Zeit verstärkt ideologisch infrage gestellt, obwohl sie vielen Menschen mit Behinderung Struktur und Teilhabe ermöglichen. Dahinter steht ein einseitiges und unrealistisches Verständnis von Inklusion.

Wir wollen den Schutzraum der Werkstätten erhalten – als freiwilliges Angebot für Menschen, die ihn brauchen. Dabei wollen wir verstärkt in Sicherung und Modernisierung der Werkstätten investieren.

Seniorenpolitik

Viele ältere Menschen in Berlin leiden unter digitaler Ausgrenzung, überbordender Bürokratie und fehlendem barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum. Zudem sind die Renten vieler Senioren gerade bei gebrochenen Erwerbsbiographien und nach der Übernahme familiärer Pflege- und Erziehungsarbeit viel zu niedrig.

Altersarmut führt nicht nur zu materieller Not, sondern auch zu wachsender Einsamkeit – ein gravierendes Problem in Berlin. Viele Senioren fühlen sich ausgegrenzt, überfordert und verlieren das Vertrauen in Politik und Gesellschaft.

Wir setzen uns für Würde, Teilhabe und Sicherheit im Alter ein und fordern deshalb:

- Den gezielten Ausbau altersgerechten und bezahlbaren Wohnraums
- Die Sicherung analoger Behörden- und Lebenszugänge als verlässliche Alternative zur Digitalisierung
- Die Bekämpfung von Einsamkeit im Alter durch gezielte Förderung von Teilhabemöglichkeiten und ehrenamtlichen Engagements

Ehrenamt bleibt Ehrenamt

Bürokratie, politische Einflussnahme und der Ersatz regulärer Arbeit durch ehrenamtliche Arbeit gefährden das Ehrenamt. Ehrenamtliche Tätigkeit kann und darf staatliche Aufgaben nicht ersetzen. Wir setzen uns für die faire und ideologiefreie Anerkennung und Förderung des Ehrenamts ein. Dabei müssen Ehrenamt und staatliche Daseinsfürsorge klar getrennt bleiben, Bürokratie abgebaut und Privatinitiativen gestärkt werden.

Obdachlosigkeit wirksam bekämpfen

Ein erheblicher Teil der obdachlosen Menschen in Berlin hat keinen deutschen Pass. Oft fehlt eine langfristige Bleibeperspektive, doch bestehende Rückkehrmöglichkeiten werden nicht ausreichend genutzt. Gleichzeitig konzentriert sich die Hilfe vielfach auf Personengruppen ohne Integrationsperspektive.

Obdachlosigkeit darf kein Dauerzustand werden – weder für Einheimische noch für Zugewanderte ohne Aufenthaltsrecht. Hilfe muss zielgerichtet, human und realistisch sein.

Deshalb fordern wir:

- Die Förderung freiwilliger Rückkehrprogramme
- Eine Verstärkte Unterstützung für wirklich Schutzbedürftige
- Eine gezielte Umgestaltung der Obdachlosenhilfe – mit klarem Fokus auf wirksame Hilfe statt dauerhafter Verwaltung von Perspektivlosigkeit

Alle Energie für Berlin

Bezahlbare Wärme und Energie statt klimasozialistischer Energiewende

Die Energieversorgung in Deutschland und Berlin ist durch eine zunehmende Abhängigkeit von nicht-grundlastfähigen Energiequellen gefährdet. Ursache dafür ist ein klimaideologisch betriebener Energiesozialismus, der unermessliche finanzielle Mittel verschleudert und mit Energiesteuern und Co2-Abgaben hemmungslos bei den Bürgern abkassiert. Damit muss endlich Schluss sein! Wir schlagen deshalb die Rückkehr zu einem vernünftigen Energiemix und eine deutliche Entlastung der Bürger bei den Energiekosten vor.

Ideologie beenden, Realität anerkennen: Das Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz durch ein Sichere-Energie-Gesetz ersetzen

Das Ziel „Berlin klimaneutral 2045“ ist ein ideologisches Prestigeprojekt ohne Einfluss auf das Weltklima. Es gefährdet die Versorgungssicherheit, treibt die Energiepreise in die Höhe und verschleudert finanzielle Ressourcen, die in Berlin dringend an anderer Stelle benötigt werden. Damit unterwerfen die Alt-Parteien Bürger, Wirtschaft und Verwaltung gleichermaßen einem dogmatischen Klimanarrativ und gefährden Prosperität und Wohlstand in unserer Stadt. Wir wollen diesen Irrweg beenden. Das Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz muss deshalb abgeschafft und durch ein Sichere-Energie-Gesetz ersetzt werden, das Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Netzstabilität zum Maßstab macht.

Energie für Bürger und Wirtschaft wieder bezahlbar machen

Der politisch erzwungene Ausstieg aus der Kernenergie und absehbar aus der Kohleverstromung hat zu einer künstlichen Verknappung der Energieversorgung geführt. Die Folge sind explodierende Strom- und Wärmepreise sowie eine gefährliche Abhängigkeit von teuren Energieimporten. Diese Entwicklung ist kein Naturereignis, sondern das Ergebnis politischer Fehlentscheidungen. Wir wollen die Grundlagen dafür schaffen, dass Strom und Wärme wieder bezahlbar werden – durch einen realistischen Energiemix, den Abbau kostentreibender Vorgaben und eine Abkehr von planwirtschaftlichen Steuerungsvorschriften. Über eine Bundesratsinitiative wollen wir eine deutliche Senkung der Energiesteuern und eine Abschaffung der Co2-Abgabe erreichen.

Versorgungssicherheit statt Blackout – breiten Energiemix sicherstellen

Eine sichere Energieversorgung ist nur mit einem grundlastfähigen Energiemix möglich. Wetterabhängige Energiequellen können Versorgungssicherheit und Netzstabilität nicht garantieren. In Dunkelflauten sind sie außerstande, den Bedarf einer Millionenstadt zu decken. Deshalb braucht Berlin weiterhin Kohle- und Gaskraftwerke sowie Importstrom aus unterschiedlichen Energiequellen, um Spitzenlasten abzufangen und Blackouts zu verhindern. Wir setzen auf eine technologieoffene Energiepolitik statt auf neosozialistische Marktsteuerung.

Keine Windräder in Berliner Wäldern

1 Windräder in Berlin lehnen wir strikt ab! Berlin ist ein dicht besiedelter Stadtstaat mit begrenzten
2 Naherholungsflächen und sensiblen Natur- und Erholungsräumen. Großwindkraftanlagen
3 zerstören Landschaft, belasten Mensch, Tier und Umwelt und leisten keinen Beitrag zur
4 Versorgungssicherheit unserer Stadt.

6 **Ohne Kernkraft keine stabile Energie**

7 Der deutsche Atomausstieg ist ein weltweit einmaliger Sonderweg und ein energiepolitischer
8 Kardinalfehler der deutschen Politik. Das haben mittlerweile auch Friedrich Merz und Ursula van
9 der Leyen eingesehen, ohne daraus allerdings die notwendigen politischen Konsequenzen zu
10 ziehen. Denn der Wiedereinstieg in die Kernenergie ist unverzichtbar, wenn
11 Versorgungssicherheit, Netzstabilität und bezahlbare Preise gewährleistet werden sollen.
12 Moderne Reaktoren der dritten und vierten Generation verfügen über umfassende
13 Sicherheitskonzepte und ermöglichen eine stabile, grundlastfähige Energieversorgung. Wir
14 wollen zur Renaissance der Kernenergie einen Beitrag leisten und Berlin wieder zu einem
15 Zentrum der Kernforschung machen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Rückkehr zur
16 Kernenergie als Teil eines technologieoffenen Energiemixes ein.

19 **Kinder, Jugend und Familie**

21 ***Zukunft durch Verantwortung: Familien stärken – Kinder schützen***

22 Die Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, ist die Keimzelle unserer Gesellschaft und
23 muss vom Staat geschützt und gefördert werden. Eine intakte Familie bietet den Kindern einen
24 geschützten Raum der Liebe und Geborgenheit. Sie ist ein fester Anker in den Stationen des
25 Lebens, von der Geburt an über die Schulzeit, das Berufsleben, die Gründung einer eigenen
26 Familie bis hin zum Ruhestand und Lebensende. Es ist dabei unerheblich, ob das
27 Zusammenleben zwei oder mehr Generationen umfasst. In einer unsteten Zeit und einer
28 auseinanderbrechenden Gesellschaft bedeutet Familie, einen festen Anlaufpunkt, ein Zuhause
29 zu haben. Die Familie steht für Geborgenheit, Vertrauen, gegenseitige Fürsorge, Schutz und
30 Rückhalt. Eine Familie ist der Ort, um Freude zu teilen, Trost zu finden, Kraft zu tanken sowie
31 Liebe zu empfangen und zu geben. Die Familienpolitik der AfD ist darauf ausgerichtet, diese Art
32 des Zusammenlebens zu ermöglichen, zu unterstützen und gezielt zu fördern.

34 Zur Realität gehört leider auch, dass nicht jede Familie harmonisch zusammenlebt und dass
35 Beziehungen scheitern. Die AfD unterstützt ausdrücklich auch alle, die nicht das Glück haben,
36 in einer lebenslangen, tragfähigen Beziehung zu leben und alle, die familiär ein besonderes
37 Schicksal erfahren haben. Das gilt insbesondere für alleinerziehende Mütter und Väter sowie
38 deren Kinder, für Patchworkfamilien sowie Pflege- und Adoptivfamilien. Auch für diese Gruppen
39 sieht das familienpolitische Programm der AfD umfassende Unterstützungen vor.

41 Eines der wichtigsten Ziele der AfD-Familienpolitik ist es deshalb, Rahmenbedingungen zu
42 schaffen, unter denen Beziehungen und Familien sich gut entwickeln und Belastungen gut
43 verkraften können. Eltern setzen sich für ihre Kinder ein: zeitlich, persönlich und finanziell.

1 Idealerweise sollte der Vater oder die Mutter zumindest in der Kleinkindphase auf Wunsch die
2 Möglichkeit haben, ohne finanzielle Einbußen zu Hause zu bleiben oder nur Teilzeit zu arbeiten.
3 Die Familienpolitik der AfD enthält entsprechende Förderprogramme und
4 Unterstützungsleistungen, die dies ermöglichen und damit das Band der Familie stärken. Neben
5 staatlicher Förderung und steuerlicher Entlastung ist in unserer Gesellschaft eine deutlich
6 größere Wertschätzung für die Leistungen von Müttern, Vätern und Großeltern erforderlich.

7
8 Kinder sichern den Fortbestand unserer Gesellschaft, weil sie die Bindeglieder zwischen der
9 Folge der Generationen sind. Zugleich sind sie sinnstiftend und geben dem Leben jenseits
10 materieller Orientierung eine Bedeutung. Kinder stehen für die Weitergabe der eigenen Kultur,
11 der Traditionen und der Fähigkeiten ihres Volkes. Durch eine aktivierende Familienpolitik strebt
12 die AfD eine Geburtensteigerung und damit eine demografische Wende in Deutschland an.
13 Diese ist für den Fortbestand unserer Sozialsysteme unerlässlich.

14 15 16 **Unsere Forderungen für starke Familien, verantwortungsvolle** 17 **Kindererziehung und den Schutz des Lebens:**

18 19 **Familien fördern und finanziell entlasten**

20 Die Geburtenrate liegt in Deutschland seit Mitte der 70er Jahre weit unterhalb des Niveaus zur
21 Bestandserhaltung. Berlin bildet hierbei im bundesweiten Vergleich das Schlusslicht. Das steht
22 in einem eklatanten Widerspruch zum Kinderwunsch der Jugendlichen, die sich je nach Studie
23 zwischen 2 und 3 Kinder pro Paar wünschen. Gerade deshalb ist eine aktivierende
24 Familienpolitik in Berlin von höchster Bedeutung. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Die AfD
25 fordert deshalb eine breite Palette an Fördermaßnahmen:

26
27 Die AfD setzt sich in allen fachpolitischen Ressorts für die Rechte der Familie ein. Wir wollen die
28 Interessenlagen von Familien mit Kindern bei politischen Entscheidungen prioritär behandeln.
29 Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, dass junge Menschen frühzeitig Kinder bekommen
30 können.

31
32 Familienbezogene Leistungen müssen von der Verwaltung schnell und bürokratiearm erbracht
33 werden. Die AfD will ein steuerliches Familiensplitting zusätzlich zum Kindergeld einführen. Wir
34 werden dafür sorgen, dass es preiswerten und ausreichend großen Wohnraum für Familien gibt.
35 Bei selbstgenutztem Wohnraum durch Familien werden wir die Grunderwerbsteuer erlassen.

36
37 Das Studieren mit Kind wird die AfD erleichtern – durch Sicherstellung der Kinderbetreuung an
38 den Hochschulen, durch Gewährung von bis zu sechs Urlaubssemestern pro Kind und durch
39 den Erlass von Bafög-Darlehen bei Geburt eines Kindes während des Studiums.

40
41 Für Familienzentren werden wir Qualitätsstandards umsetzen. Die noch jungen, aber in ihrer
42 Finanzierung gefährdeten Familiengrundschohzentren wollen wir weiter unterhalten.

Für Familien mit geringem Einkommen sichern wir die bezuschussten Angebote der Familienerholung. Für Familien mit einem behinderten Angehörigen wollen wir entlastende Dienste bereitstellen und auskömmlich finanzieren. Dazu gehört auch die Verwirklichung des „Eine-Pause-Hauses“ (Kurzzeitwohnen für versorgungsintensive junge Menschen).

Kinderbetreuung ohne Frühsexualisierung

Im erzieherischen Umgang mit der persönlichen Reifung und Intimsphäre von Kindern und Jugendlichen gehen Sensibilität und pädagogisches Verantwortungsbewusstsein zunehmend verloren. Durch die „Sexualpädagogik der Vielfalt“ wird die natürliche Schamgrenze der Kinder verletzt und erleichtert dadurch sexuelle Übergriffe.

Die AfD fordert, jede Form grenzüberschreitender Thematisierung von Sexualität in Kitas und an Schulen zu verbieten. Wir lehnen Frühsexualisierung, „Erkundungsräume“, „Original Play“ und Drag-Queen-Lesungen ab. Die Inhalte des „Berliner Bildungsprogramms“ und des KitaFöG müssen sich konsequent an einer kindgerechten Entwicklung ausrichten und dürfen nicht fachfremden Erwägungen untergeordnet werden.

Verantwortungsvolle Kinderbetreuung

Familien sind heute nicht nur materiellen, sondern auch ideellen Belastungen ausgesetzt. Durch den Trans-Gender-Hype, Frühsexualisierung und ein Ausspielen der Jugendlichen und Kinder gegen ihre Eltern wird der Zusammenhalt in den Familien gefährdet. Die Arbeit im Haushalt wird stark abgewertet und der Wert der Familien- und Erziehungsarbeit völlig unterschätzt. Mütter zählen in der „woken“ Gesellschaft nur, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen und ihre Kinder möglichst schon im Babyalter in eine staatliche Ganztagsbetreuung geben. Zur Stärkung der Wahlfreiheit zwischen Selbst- und Fremdbetreuung für U3-Kinder wollen wir ein Landeserziehungsgeld in Höhe der vergleichbaren Kosten für einen Kita-Platz einführen.

Wir halten an der Kostenfreiheit für die Kita fest. Beiträge für zusätzliche Angebote sollen möglich bleiben, darüber darf in einer Kita aber keine Zweiklassengesellschaft entstehen.

Wir werden das Angebot an Kita-Plätzen erhalten und bedarfsgerecht ausbauen. Dabei wollen wir den Betreuungsschlüssel erhöhen und für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten längere Öffnungszeiten ermöglichen. Für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste werden wir eine „Blaulicht“-Kita schaffen. Wir werden kleine und mittelgroße Kitaträger sowie Betriebskindergärten fördern.

Deutsch muss als verpflichtende Sprache in Kitas durchgesetzt werden. Zur Gewährleistung der Schulpflicht wollen wir über eine Änderung des Schulgesetzes wieder die klassische Vorschule an den Grundschulen ermöglichen. Die Schuleingangsuntersuchungen müssen wieder konsequenter durchgeführt werden.

Gleichberechtigung statt Gleichstellung

Die Realität der Zweigeschlechtlichkeit darf nicht auf dem Altar der Transideologie geopfert werden. Weiblichkeit und Männlichkeit mit ihren unterschiedlichen Potentialen sind etwas Positives. Dadurch können sich Frauen und Männer hervorragend ergänzen. Wir setzen auf echte Chancengleichheit statt erzwungener Ergebnisgleichheit. Jeder Mensch soll unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Hintergrund die gleichen Möglichkeiten erhalten, seinen Weg nach Leistung und Talent zu gehen. Das ausufernde Beauftragtenwesen mit z.B. Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsbeauftragten verschlingt nicht nur Unsummen an Steuermitteln, es befördert auch eine einseitige Klientelpolitik und führt zu überbordender Bürokratie.

Die AfD steht für Chancengleichheit statt Ergebnisgleichheit. Leistungsfeindliche und diskriminierende Quoten lehnen wir ab. Das Beauftragtenwesen wollen wir abschaffen. Das Geld für die unnötigen Beauftragten, deren Mitarbeiter und Sachmittel werden wir zur Familienförderung einsetzen.

Trennungen vermeiden – Trennungsfolgen mindern

Leider spielen Trennungen der Eltern in der Lebensrealität von Kindern eine immer größere Rolle. Sie fühlen sich oft ohnmächtig und alleingelassen. Ein Drittel aller Trennungskinder erleidet den Kontaktabbruch zu einem Elternteil. Dabei braucht jedes Kind Vater und Mutter in der gesamten Kindheit.

Die AfD will Rahmenbedingungen für stabile Ehen und Partnerschaften schaffen, damit es gar nicht erst zu Trennungen kommt. Im Fall der Trennung sollten beide Eltern Sorgearbeit übernehmen, die Bindung zu Vater und Mutter muss erhalten bleiben. Sollte ein Elternteil bei der Erziehungsarbeit ausfallen, muss dem alleinerziehenden Elternteil die notwendige Unterstützung zukommen. Den Familienpflegedienst und die flexible Kinderbetreuung, auf die Alleinerziehende in besonderem Maße angewiesen sind, werden wir stärken.

Über das Angebot der Familienberatungsstellen wollen wir Trennungsfamilien bestärken, eine positive Umgangsregelung für ihre Kinder finden. Unterhaltspflichten wollen wir gleichmäßig an die zeitliche Intensität der Betreuung binden und so Kosten und Lasten gerechter aufteilen. Kontaktabbrüche zu Vater oder Mutter und Umgangsvereitelung sind gesetzeswidrig und müssen unterbunden werden.

Stabile Ehen und Partnerschaften, Familiengründung und Verantwortung für die Familie wollen wir als Themen verbindlich in die Lehrpläne der Schule aufnehmen. Die Fähigkeit zur Eigenverantwortung ist die effektivste Maßnahme gegen Kinder- und Familienarmut.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass auch unverheiratete Väter automatisch zusammen mit der Mutter das Sorgerecht für ihr gemeinsames Kind erhalten, insofern die Vaterschaft anerkannt ist und keine häusliche Gewalt vorliegt.

Kinder in den Familien belassen

Leider steigt auch in Berlin die Zahl der Familien, die mit ihrer Erziehungs- und Pflegeaufgabe massiv überfordert sind und daher Unterstützung von außen benötigen. In einigen Fällen ist eine Inobhutnahme die einzige akut wirksame Maßnahme, um Schaden von den Kindern abzuwenden. Doch immer wieder zerstören Fehlentscheidungen auch weitgehend intakte Familien, die teils aus fragwürdigen Gründen in den Fokus des zuständigen Jugendamts gerieten. Auch aufgrund der gestiegenen Massenmigration herrscht in den Jugendämtern oft eine prekäre Personalsituation. Diese Belastung trägt dazu bei, dass Mitarbeiter ohne ausreichende Prüfung eine Inobhutnahme anordnen. Die starke Machtstellung der Jugendämter sowie nicht verbindliche Qualitätsstandards für Gutachten erhöhen das Risiko einer gerichtlichen Fehlentscheidung zusätzlich.

Zur Vermeidung von Inobhutnahmen setzen wir auf Angebote der ambulanten Kinder- und Jugendhilfe, die auf die Aktivierung der Eigenverantwortung der Familien zielen. Dazu gehören u.a. die Familienpflege, der Familienrat und vor allem die Erziehungs- und Familienberatung (EFB). Das Wunsch- und Wahlrecht für Leistungen des Jugendamtes nach § 16 SGB VIII muss konsequent angewandt werden.

Bei Fällen der Inobhutnahme aufgrund der Überforderung der Erziehungsberechtigten muss die Rückführung in die Familie das Ziel bleiben. Der Erlass einer Dauerverbleibensanordnung sollte nur in Fällen von körperlicher oder seelischer Misshandlung oder bei Selbstmeldern möglich sein.

Wir werden darauf hinwirken, dass das mächtige System Jugendamt stärker kontrolliert und zur Einhaltung von Gesetzen gemahnt wird. Betroffene Eltern, die sich gegen fragwürdige Inobhutnahmen wehren wollen, wird die AfD stärken. Dazu gehört auch das sofortige Gewähren von Akteneinsicht. Wir wollen, dass Eltern bei Inobhutnahmen über ihre Rechte (Widerspruchsrecht, Umgangsrecht) informiert werden müssen und die rechtliche Beratung und Hilfe für betroffene Eltern ausbauen. Dazu werden wir die Ombudsstelle Jugendhilfe stärken.

Das Leben wertschätzen – Willkommenskultur für Kinder

Die AfD steht für eine Kultur des Lebens und ist im Einklang mit der deutschen Rechtsprechung der Meinung, dass der Lebensschutz bereits beim Embryo beginnt. Einer von Jahr zu Jahr geringer werdenden Anzahl von Geburten in Berlin stehen steigende Abtreibungszahlen gegenüber. So verzeichnete die amtliche Statistik für Berlin für das Jahr 2024 nur noch knapp 34.000 Geburten und 9.700 Schwangerschaftsabbrüche.

Frauen mit ungeplanten Schwangerschaften befinden sich häufiger als geplant Schwangere in Lebenslagen, die für eine Familiengründung oder -erweiterung unpassend oder herausfordernd sind. Mithilfe unserer familienfördernden Maßnahmen möchte die AfD werdenden Eltern in Not finanzielle Unterstützung und praktische Hilfen anbieten, damit sie sich für ihr Kind entscheiden. Auf diesem Wege will die AfD die hohe Anzahl von Schwangerschaftsabbrüchen signifikant verringern. Wir setzen auf eine umfangreiche Unterstützung in der Schwangerschaft und im Familienalltag, insbesondere in schwierigen Lebenslagen. Dazu sichern wir die Angebote der „Frühen Hilfen“. Gleichzeitig wenden wir uns gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschenrecht zu erklären. Zum Schutz des ungeborenen Lebens wollen wir Frauen gangbare Alternativen zur Abtreibung

1 aufzeigen. Auch Adoptionen als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch müssen vereinfacht
2 werden.

4 **Kinderschutz und Kinder- und Jugendhilfe**

5 Der Bereich Kinderschutz muss auskömmlich finanziert werden. Es darf nicht wieder zum
6 Kollaps des Kindernotdienstes kommen. Zur Stärkung des Kinderschutzes wollen wir die U-
7 Untersuchungen beim Arzt verpflichtend machen. Die Nicht-Teilnahme an U-Untersuchungen,
8 die Nicht-Teilnahme an verpflichtenden Sprachstandsfeststellungstests (für Nicht-Kitakinder mit
9 Migrationshintergrund) oder das gehäuft unentschuldigte Fehlen in der Schule bilden
10 Verdachtsmomente, denen das Jugendamt nachgehen muss.

12 Wir werden die koordinierte Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Polizei stärken. Um den
13 Katalog möglicher Maßnahmen für straffällig gewordene Jugendliche zu erweitern, plädieren wir
14 für die Wiedereinführung geschlossener Unterbringung in der Jugendhilfe – auch als Alternative
15 zur Jugendstrafanstalt.

17 **Räume für Kinder und Jugendliche sicherer machen**

18 Die fortschreitende Verwahrlosung in der Stadt bekommen auch unsere Kinder zu spüren. Um
19 unsere Kinder zu schützen, setzt sich die AfD für ein landesweites Alkohol- und Rauchverbot auf
20 Spielplätzen ein. In der Nähe von Einrichtungen für Kinder darf es auch keine Straßenprostitution
21 und keine Drogenhotspots geben. Dafür setzen wir uns ein.

23 Nach dem Skandal im Jugendzentrum Wutzkyallee, wo die Vergewaltigung eines Mädchens aus
24 Rücksicht auf den Migrationshintergrund der Täter vertuscht werden sollte, muss die Sicherheit
25 der Kinder und Jugendlichen an erste Stelle gesetzt werden, damit Jugendzentren wieder
26 verlässliche Schutzräume werden. Die notwendige Verfolgung von Straftaten darf nicht aus
27 politischen oder sozialen Erwägungen zurückgehalten werden. Dafür sind klare Meldepflichten
28 und verbindliche Schutz- und Präventionskonzepte erforderlich. Wir werden dafür Sorge tragen,
29 dass Jugendhäuser wieder sichere Orte für Kinder und Jugendliche sind.

31 Jugendfreizeiteinrichtungen sollten für alle Jugendlichen einladend sein. Jugendzentren wie
32 Potse, Drugstore, Bunte Kuh und JUP, die von Linksradiakalen okkupiert wurden, brauchen einen
33 konzeptionellen Neuanfang.

35 Die AfD vertritt das Konzept der integrierten Jugendarbeit: Angebote der Vereine und Kirchen im
36 Bereich Sport, Musik und Kultur etc., die Jugendliche integrieren, müssen gegenüber
37 Angeboten, die Jugendliche separieren, gestärkt werden. Ausgewählte
38 Jugendfreizeiteinrichtungen werden wir zu Mehrgenerationenhäusern als soziale Treffpunkte
39 aller Generationen weiterentwickeln.

Sport

Sport fördert Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt

In einer Gesellschaft, die immer stärker durch soziale Vereinzelung und Bewegungsmangel geprägt ist, kommt Sport eine herausgehobene Bedeutung für den Zusammenhalt der Gesellschaft und der Gesundheit zu. Sport ist identitätsstiftend und fördert Kontakte über soziale Grenzen hinweg. Er muss deshalb frei von Politik und Ideologie bleiben. Sport verbessert das physische und psychische Wohlbefinden, Eigenverantwortung und Selbstbewusstsein als Begleiter in allen Phasen des Lebens.

Besorgniserregend ist die Zunahme von Gewalt im Amateurfußball und in Freibädern, die sich insbesondere durch die Massenmigration verschärft hat. Die AfD fordert klare Regeln und rigoroses Vorgehen gegen Gewalttäter.

Erfolgs- und Leistungsorientierung gehören zum Sport. Auf neu einzurichtenden Landesjugendspielen müssen wieder echte Leistungsvergleiche stattfinden sowie Sieger- und Ehrenurkunden ausgestellt werden. Wettkampf muss wieder im Vordergrund stehen.

Unsere Forderungen für attraktiven Breitensport und leistungsstarken Spitzensport:

Mehr Sportflächen für den Breitensport

Berlin verfügt über zu wenige Sportflächen. Sportplätze für Leichtathletik, Fußball und Freiluftsportarten weisen einen erheblichen Instandhaltungsrückstau auf. Die geringe Anzahl und der Zustand der Sporthallen sind in Berlin besorgniserregend. Der Bedarf für Schul- und Freizeitsport kann nicht gedeckt werden. Viele Kinder, die gerne Sport treiben würden, landen bei den Vereinen nur auf der Warteliste. Im Winter verschärft sich die Situation, da Vereine aus den Freiluft-Sportflächen in Hallen ausweichen müssen. Nur einzelne Berliner Bezirke verfügen über Eisflächen, was zu großen Einschränkungen bei Vereinsangeboten führt.

Eine weitere Aufgabe von Sportflächen ist inakzeptabel. Der Sanierungsstau bei Sportflächen muss durch massive Investitionen und ein Sofortprogramm behoben werden. Bei Neubauvorhaben muss der Bedarf an zusätzlichen Sportflächen berücksichtigt werden. Unser Ziel ist eine bedarfsgerechte Versorgung mit qualitativ angemessenen Sportflächen für alle Sportarten.

Behindertensport einen höheren Stellenwert beimessen

Beim Neubau und Sanierung von Sportstätten muss stärker auf eine behindertengerechte Eignung geachtet werden. Integrationssport von Behinderten und Nicht-Behinderten fördert die soziale und gesellschaftliche Akzeptanz. Beim inklusiven Neubau des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks darf es keine Abstriche zu Lasten des Behindertensports geben.

Durch Förderung des Spitzensports in die Medaillenränge

Leistungssportler dienen als Vorbild für den Breitensport und fördern eine Identifikation mit Berlin und Deutschland. Durch ein effektives Sichtungssystem in den Schulen sollen Talente frühzeitig erkannt und gefördert werden. Die Gewinnung von herausragenden Trainern und deren angemessene Bezahlung bildet die Grundlage für künftige Erfolge und muss sichergestellt werden. Alle drei Eliteschulen des Sports und die Olympiastützpunkte in Berlin müssen erhalten bleiben und dem Anspruch entsprechend ausgestattet werden. Wir unterstützen eine Berliner Olympia-Bewerbung als wichtigen Impuls für den Spitzen- und Breitensport in unserer Stadt. Als Voraussetzung für eine Bewerbung müssen vollkommene Kostentransparenz und die Nachnutzung der für Olympia geschaffenen Sportstätten sichergestellt sein.

Sport in der Schule

Die AfD fordert, an allen Berliner Schulen der Primar- und Sekundarstufe den Sportunterricht auf vier Schulstunden in der Woche zu erhöhen und in Doppelstunden zu unterrichten. Für den schulischen Sportunterricht muss eine schulortnahe Versorgung mit Sportflächen sichergestellt werden.

Eine Reihe von Bezirken weist einen erheblichen Mangel an Hallenbädern auf. Dies führt zu längeren Anfahrten im Schulsport zu Lasten der Schwimmzeiten und zu Engpässen bei Schwimmvereinen. Im Schulgesetz wird die AfD einen rechtsverbindlichen Anspruch auf Beförderung zum schulischen Schwimmunterricht (Schwimmbus) verankern. Den schulischen Schwimmunterricht wollen wir schrittweise von der 3. Klasse auf die 2. Klasse vorziehen. Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen können.

Die Einbindung von Bewegung, Spiel und Sport in den schulischen Ganztag wird die AfD intensivieren. Ziel dabei ist es, dass Sport-AGs im Ganztag an allen Berliner Schulen angeboten werden und bei den angebotenen Sportarten eine große Vielfalt erreicht wird. Für Schüler mit Defiziten in der motorischen Entwicklung schaffen wir einen Sportförderunterricht.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass als Anlauf- und Koordinierungsstelle in allen Bezirken Kiezsportlotsen eingesetzt werden, die über Sport- und Bewegungsangebote informieren, Empfehlungen für Sportvereine und Anbieter abgeben, Interessen und Wünsche der Bürger erfassen und die Koordination zwischen Schulen und Vereinen unterstützen.

Gesundheit

Ein funktionierendes Gesundheitssystem – die Basis für ein selbstbestimmtes Leben

Eine leistungsfähige und wohnortnahe Gesundheitsversorgung sowie eine fürsorgliche Pflege sind für die AfD von herausragender Bedeutung. Eigenverantwortung, Prävention, private und staatliche Angebote der Daseinsvorsorge sind die Basis für ein gesundes, langes und

1 selbstbestimmtes Leben. Im bestehenden Gesundheitssystem zeigen sich gravierende
2 Fehlentwicklungen, die wir beheben wollen.

3 4 Unsere Forderungen für eine patientenorientierte und 5 leistungsstarke Gesundheitsversorgung:

6 7 **Sicherung moderner Krankenhäuser**

8 Die Krankenhäuser unserer Stadt sind von Insolvenzen und Schließungen bedroht.
9 Unzureichende staatliche Finanzierung und Vergütung durch Krankenkassen gehen zu Lasten
10 von Investitionen in Gebäude und moderne Technik sowie zu Lasten des Personals. Der
11 bestehende Fachkräftemangel wird dadurch noch verstärkt.
12 Die unzureichenden Investitionskostenzuschüsse müssen dem tatsächlichen Bedarf angepasst
13 und deutlich erhöht werden. Die Schere zwischen stagnierenden Einnahmen und steigenden
14 Ausgaben muss endlich geschlossen werden. Die Abrechnung nach Fallpauschalen ist durch
15 ein leistungsgerechtes, bürokratiearmes System zu ersetzen. Jeder Patient möchte nach seinen
16 spezifischen Bedürfnissen behandelt werden. In Berlin sind Vergütungsvereinbarungen
17 zwischen den jeweiligen Krankenhäusern und den Sozialleistungsträgern zu schließen. In diese
18 Vereinbarungen müssen der Behandlungsbedarf, Spezialisierungen und wirtschaftliche
19 Kennzahlen einfließen. Die Arbeitsverdichtung und die hohe Belastung des Personals in unseren
20 Krankenhäusern müssen durch standardisierte Arbeitsprozesse und Digitalisierung reduziert
21 werden. Dabei darf die Digitalisierung nicht länger einer überbordenden Dokumentationspflicht
22 und einem Kontrollwahn dienen. Sie muss stattdessen Freiräume schaffen, die Ärzte und Pfleger
23 für die Arbeit mit ihren Patienten benötigen. Wir fordern flächendeckende Klinikkapazitäten für
24 die stationäre und ambulante Betreuung insbesondere für Säuglinge und Kleinkinder.

25 26 **Termin beim Arzt? - Ambulante Versorgung verbessern!**

27 Viele Praxen nehmen keine Patienten mehr an. Die Wartezeiten, insbesondere auf einen
28 Facharzttermin, steigen immer weiter. Zudem belasten bürokratische staatliche Vorgaben und
29 der Fachkräftemangel die Existenz von Praxen. Immer weniger angehende Ärzte sind noch zu
30 einer Selbständigkeit bereit.
31 Der Zwang, beim Überschreiten des Budgets Behandlungen ohne Vergütungsanspruch zu
32 erbringen, muss beendet werden. Den Bestand wohnortnaher Praxen jeglicher Fachrichtungen
33 sichern wir nur durch eine gerechte Einzelleistungsvergütung erbrachter sinnvoller Leistungen.
34 Um eine gleichmäßige Verteilung der Arztpraxen zu gewährleisten, sind in Berlin wieder an den
35 Stadtbezirken ausgerichtete Zulassungsbereiche einzurichten.
36 Die AfD setzt sich für die Schaffung einer KV-Notdienstpraxis pro Bezirk ein, um eine
37 angemessene ambulante Versorgung für akute aber nicht potentiell lebensbedrohliche
38 Erkrankungsfälle zu gewährleisten und damit gleichzeitig die Rettungsstellen der Krankenhäuser
39 zu entlasten.
40 Langen Wartezeiten auf einen Arzttermin begegnen wir zudem mit einem Mehr an
41 Studienplätzen. Zuletzt wurden sie bei der Charité reduziert. Das halten wir für falsch.
42 Statt Abwerbungen von Medizinern im Ausland wollen wir das Studienplatzangebot für Ärzte und
43 Apotheker hier forcieren.

1 Eine Einschränkung der Therapiefreiheit, z.B. durch die Festlegung einer Impfquote für Ärzte,
2 lehnen wir entschieden ab.

4 **Arzneimittelversorgung gewährleisten**

5 Apotheken stehen vielerorts vor dem Aus. Nachwuchs ist nicht in ausreichender Zahl in Sicht.
6 Kaum noch überschaubare Abrechnungsmodalitäten gefährden die wirtschaftlichen
7 Grundlagen der Apotheke im Kiez. Viele Patienten bekommen durch Engpässe ihre notwendigen
8 Medikamente nicht rechtzeitig. Zudem gräbt der Versandhandel mit rezeptpflichtigen
9 Medikamenten den Apotheken das Wasser ab.

10 Wir wollen eine weitgehende Rückverlagerung der pharmazeutischen Produktion nach
11 Deutschland und in sichere Herkunftsländer. So stellen wir uns unabhängiger auf und sorgen für
12 Versorgungssicherheit und Qualität. Der Arzneimittelgroßhandel muss verpflichtet werden,
13 mindestens die Menge der durchschnittlichen 2-Monats-Bedarfe bei versorgungsrelevanten
14 Arzneimitteln vorzuhalten. Das Abrechnungssystem werden wir entbürokratisieren und
15 vereinfachen. Die Vergütung muss auch dem zunehmenden Beratungsbedarf der Patienten
16 Rechnung tragen und eine auskömmliche, zukunftssichere Entwicklung der Apotheken
17 ermöglichen.

19 **Vorfahrt für die Pflege zu Hause**

20 Aufgrund der demographischen Entwicklung steigt die Zahl der Pflegebedürftigen stetig.
21 Die Pflege durch Angehörige und Zugehörige stellt das Rückgrat der Fürsorge im Alter dar. Viele
22 pflegebedürftige Menschen wünschen eine Pflege in vertrauter Umgebung. Die aktuelle Höhe
23 des Pflegegeldes hält mit den inflationsbedingten Ausgaben nicht mit. Entlastungsangebote für
24 pflegende Angehörige sind unübersichtlich.

25 Wir wollen das Pflegegeld für Angehörige und Zugehörige an die Vergütung der ambulanten
26 Pflegedienste angleichen. Die Inflation der letzten Jahre muss zu einer Erhöhung des
27 Pflegegeldes um 23 Prozent führen. Die Möglichkeiten der Entlastungspflege werden wir leicht
28 verständlich und transparent darstellen um den Zugang zur Hilfe zu erleichtern. Pflegediensten
29 ist zukünftig spätestens innerhalb eines Monats nach Beantragung einer Hilfe zur Pflege bei den
30 Sozialämtern für Anspruchsberechtigte eine Zu- oder Absage der Kostenübernahme zu
31 übermitteln. Die Sozialämter sind dafür zu ertüchtigen. So kann die Voraussetzung für
32 leistungsfähige Pflegedienste auf eine zumutbare wirtschaftliche Basis gestellt werden.
33 Insgesamt werden durch unsere geplanten Maßnahmen Pflegebedürftige, pflegende Angehörige,
34 Zugehörige sowie die Pflegekräfte von ambulanten Diensten stärker gewürdigt.

36 **Stationäre Pflege auf eine finanziell tragfähige Basis stellen**

37 Manchmal ist eine Unterbringung in einer Pflegeeinrichtung unvermeidbar. Plätze sind rar. Die
38 Eigenanteile und die Beiträge zur Pflegeversicherung steigen stetig.
39 Analog den staatlichen Zuschüssen in anderen Bundesländern für neu geschaffene Pflegeheime
40 wollen wir jeden neugeschaffenen Platz, der modernen Anforderungen genügt, mit 40.000 Euro
41 bezuschussen. Zudem werden wir den Investitionskostenzuschuss des Landes Berlin pro zu
42 pflegende Person und Monat auf 300 Euro erhöhen. Dies dient der Entlastung der
43 Pflegebedürftigen und ihrer Familien. So entstehen neue attraktive Angebote in einer älter
44 werdenden Gesellschaft.

Entbürokratisierung des Gesundheitswesens

Die Bürokratie hat absurde Ausmaße erreicht. Sie hält immer mehr von der Behandlung ab und verursacht erhebliche Kosten. Sie ist die Folge eines übertriebenen Sicherheits- und Kontrollbedürfnisses. Aufwand und Nutzen stehen in keinem akzeptablen Verhältnis. All dies ist Ausdruck eines Misstrauens der Politik gegenüber Leistungserbringern und Patienten. Die AfD setzt auf Vertrauenskultur, Eigenverantwortung und eine schlanke Verwaltung.

Corona aufarbeiten

Die Coronamaßnahmen haben den Menschen gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Schäden zugefügt. Die viel zu späten Veröffentlichungen der Protokolle des Robert-Koch-Institutes deuten in Teilen auf vorsätzlich falsche Maßnahmen hin. Sie wurden häufig gegen den Rat von Wissenschaftlern durchgeführt. Menschen wurden zur Impfung verleitet und genötigt, obwohl die Impfstoffe nur in einem Schnelldurchlauf mit zweifelhaften Resultaten zugelassen wurden.

Die Coronazeit muss aufgearbeitet werden. Die Entscheidungsträger sind zur Verantwortung zu ziehen. Zu Unrecht verurteilte Gegner der Coronamaßnahmen müssen vollständig rehabilitiert werden. Die im Zusammenhang mit der Coronakrise erlassenen Gesetze und Richtlinien sind zu überprüfen, ggf. zu streichen und in einen realitätsnahen Katastrophenplan aufzunehmen. Wir lehnen eine Impfpflicht ab. Die körperliche Unversehrtheit und die Eigenverantwortung des Einzelnen haben für uns oberste Priorität. Das im Grundgesetz verankerte Selbstbestimmungsrecht darf nicht angetastet werden. Eine Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen, die eine Impfung ablehnen, darf es nicht geben.

Die Rolle der WHO in der Corona-Zeit sehen wir sehr kritisch. Sie hat die in weiten Teilen falschen und unverhältnismäßigen Maßnahmen mit zu verantworten. Ihre inzwischen noch verstärkte Einflussnahme auf unser Gesundheitswesen mit Durchgriffsrechten auf jeden Bürger lehnen wir ab. Das gilt auch für entsprechende Bestrebungen der EU.

Wir wollen die nationale Souveränität für unser Gesundheitswesen wiederherstellen.

Denn wir wissen am besten, was gut für uns ist!

Patientendaten sind Privatsache

Für die elektronische Patientenakte ist kein ausreichender Datenschutz gewährleistet. Die Umsetzung und die Nutzbarkeit weisen Mängel auf.

Die Digitalisierung in medizinischen Einrichtungen kann Erleichterungen bringen. Der Bedarf an medizinischen Daten zur Vermeidung von Doppeluntersuchungen und für die Forschung ist groß. Jedoch die Gefahr, ein „Gläserner Patient“ zu werden, ist es auch. Der Patient muss Herr über seine Daten sein und frei entscheiden dürfen, ob und wem seine Daten übermittelt werden! Eine zentrale Datenbank lehnen wir ab. Stattdessen befürworten wir die Speicherung eines Notfalldatensatzes und einer Patientenverfügung auf der Versichertenkarte.

Uneingeschränkt deutsche Standards für Personal aus dem Ausland

Die demographische Krise fehlender Geburten und zunehmend älterer Menschen bedingt einen spürbaren Fachkräftemangel.

1 Um eine anhaltend hohe Qualität medizinischer und pflegerischer Betreuung, als auch eine
2 verständliche Kommunikation zwischen allen Beteiligten sicherzustellen, sind unsere
3 deutschen Standards unabdingbar. Dies betrifft nicht nur vergleichbare Qualifikationen,
4 sondern auch ein hohes sprachliches Verständigungsniveau und die Fähigkeit zur Integration in
5 Beruf und Gesellschaft.

7 **Den Öffentlichen Gesundheitsdienst für das Wesentliche fit machen**

8 Die Gesundheitsämter stehen aufgrund zunehmender Personalnot und einer Überfrachtung mit
9 Aufgaben vor dem Kollaps. Das sogenannte „Muster-Gesundheitsamt“ geht an den
10 Möglichkeiten der Ämter und dem tatsächlichen Bedarf vorbei.

11 Es muss eine Fokussierung auf leistbare Aufgaben erfolgen. Prioritäten müssen Leistungen sein,
12 die primär der Allgemeinheit dienen und durch den einzelnen Bürger eigenverantwortlich nicht
13 zu erbringen sind. Diese sind der Katastrophenschutz, die Seuchenbekämpfung, der
14 Sozialpsychiatrische Dienst sowie die Kontrolle der Lebensmittel- und Wasserhygiene.

17 **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**

19 ***Stärkung der Bürgerbeteiligung durch mehr direkte Demokratie***

20 Die AfD steht für Selbstbestimmung, Heimatliebe und die Belebung der demokratischen
21 Traditionen in Deutschland. Statt den Bürgern immer weniger zuzutrauen und sie nach einer
22 Abgeordnetenhauswahl für fünf Jahre ruhig zu stellen, wollen wir die Berliner stärker an der
23 politischen Entscheidungsfindung beteiligen. Darüber hinaus wollen wir dem Wunsch der
24 Berliner Rechnung tragen, den Regierenden Bürgermeister - wie in anderen Großstädten auch -
25 direkt wählen zu können.

27 **Unsere Forderungen für eine lebendige Demokratie:**

29 **Mehr Demokratie wagen – Volkseinwand ermöglichen**

30 Die Stärkung der direkten Demokratie ist uns ein Herzensanliegen. Wir wollen die bestehenden
31 Instrumente der Volksgesetzgebung behutsam erweitern. Deshalb schlagen wir vor, dass, wie in
32 anderen Bundesländern auch, jede vom Abgeordnetenhaus beschlossene
33 Verfassungsänderung dem Volk im Rahmen einer Volksabstimmung zur endgültigen
34 Entscheidung vorgelegt werden muss. Auf diese Weise erhalten die Berliner das letzte Wort bei
35 allen grundlegenden politischen Weichenstellungen in unserer Stadt.

37 Darüber hinaus fordern wir eine Ergänzung der Instrumente der Berliner Volksgesetzgebung um
38 die Möglichkeit fakultativer Referenden im Rahmen eines sogenannten „Volkseinwands“. Wie in
39 der Schweiz soll es auch in Berlin möglich sein, Gesetze des Abgeordnetenhauses innerhalb
40 einer bestimmten Frist durch einen „Volkseinwand“ wieder aufheben zu lassen. Daher schlagen
41 wir vor, dass es zu einer Volksentscheidung über ein durch das Abgeordnetenhaus
42 verabschiedetes Gesetz kommen soll, wenn in einer Frist von 100 Tagen nach Verabschiedung
43 des Gesetzes durch das Abgeordnetenhaus die Hälfte der Zahl der Unterschriften, die für die

1 Einleitung eines Volksentscheids im Rahmen eines Volksbegehrens erforderlich sind, für den
2 „Volkseinwand“ zustande kommt. Die Quoren für den Volksentscheid im Rahmen des
3 „Volkseinwands“ sollen dann ebenfalls halb so hoch sein wie bei einem Volksentscheid im
4 Rahmen eines Volksbegehrens. Auf diese Weise erhalten die Berliner die Möglichkeit, strittige
5 Gesetze auf direktdemokratischem Wege zu stoppen. Wird das Quorum nicht erreicht, tritt das
6 Gesetz wie vom Abgeordnetenhaus beschlossen in Kraft. Das Haushaltsgesetz soll keinem
7 „Volkseinwand“ unterworfen werden können, da das Haushaltsrecht zu den ureigensten
8 Parlamentsrechten gehört.

9 10 **Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters**

11 Dem Wunsch vieler Bürger entsprechend setzen wir uns für die Direktwahl des Regierenden
12 Bürgermeisters ein. Wie in anderen Großstädten auch sollen die Berliner direkt über ihr
13 Stadtoberhaupt entscheiden können. Die Wahl des Regierenden Bürgermeisters soll dabei
14 zeitgleich mit der Abgeordnetenhauswahl stattfinden. Erzielt keiner der Kandidaten die absolute
15 Mehrheit, findet 14 Tage später eine Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten Kandidaten
16 statt. Wird das Abgeordnetenhaus vorzeitig aufgelöst oder die Wahl wiederholt, findet zeitgleich
17 eine Neuwahl des Regierenden Bürgermeisters statt. Das Abgeordnetenhaus kann mit einer
18 Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder eine Neuwahl des Regierenden Bürgermeisters
19 ansetzen. Die Amtsdauer des Regierenden Bürgermeisters endet in jedem Fall mit dem Ende der
20 Legislaturperiode und der Wahl eines neuen Regierenden Bürgermeisters.

21 22 **Direktwahl der Bezirksbürgermeister und Stärkung der Bezirke**

23 Wie der Regierende Bürgermeister sollen auch die Bezirksbürgermeister am Tag der Wahlen für
24 das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen durch die Wähler in den
25 jeweiligen Bezirken direkt gewählt werden. Erzielt keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit,
26 findet 14 Tage später eine Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten Kandidaten statt.
27 Weitere Änderungen etwa des Bezirksverwaltungsgesetzes sind in diesem Zusammenhang
28 nicht erforderlich, da die Bezirksämter ohnehin die Mehrheitsverhältnisse in der
29 Bezirksverordnetenversammlung widerspiegeln. Darüber hinaus setzten wir uns für Stärkung der
30 Rechtsstellung der Bezirke etwa durch eigene Einnahmequellen und ein eigenes Klagerecht ein.
31 Das reine Prinzip der Globalsummenzuweisung führt zu Abhängigkeit und Unselbständigkeit der
32 Bezirke.

33 34 **Doppelmandate und Parité-Gesetz verhindern**

35 Mitglieder des Abgeordnetenhauses sollen nicht gleichzeitig Mitglied im Bundestag oder im
36 Europaparlament sein dürfen. Sie sollen sich nach der Wahl für ein Parlament entscheiden
37 müssen. Außerdem fordern wir die Trennung von Amt und Mandat. Kein Abgeordneter darf
38 gleichzeitig Mitglied der Regierung sein.

39
40 Eine Verfassungsänderung, welche die Parteien zur paritätischen Aufstellung von Männern und
41 Frauen bei ihren Wahlvorschlägen verpflichten würde, lehnen wir ab. Die Freiheit der Wahl und
42 die Freiheit jeder Partei, nach eigenem Ermessen Frauen oder Männer aufzustellen, darf nicht
43 angetastet werden.

Steuermittel für linksradikale NGOs streichen und Meldestellen-Unwesen beenden

Berlin vergibt jedes Jahr hohe Summen an linksradikale NGOs und Vereine, die eine fragwürdige ideologische Agenda betreiben und bürgerlichen Patriotismus verunglimpfen. Damit muss endlich Schluss sein. Wir werden Sorge dafür tragen, dass solche Organisationen sich künftig ausschließlich durch private Spenden und Mitgliedsbeiträge finanzieren.

Außerdem finanziert Berlin Meldestellen wie das Berliner Register oder Claim, die in einem rechtlichen Graubereich operieren und oftmals unbestätigte Meldungen und Meinungsäußerungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze zu einem politisch einseitig gefärbten Meinungsbild verdichten. Dies führt zu einer Verzerrung der öffentlichen Wahrnehmung, zu systematischer Einschüchterung und einer Einschränkung der Meinungsfreiheit. Deswegen werden wir die öffentliche Förderung des Meldestellen-Unwesens beenden, so dass sich auch diese Organisationen zukünftig ausschließlich privat finanzieren müssen.

Natur und Umwelt

Berlin – unsere Heimat, unsere Umwelt

Unsere Umwelt ist Teil unserer Berliner Heimat und macht das Leben in der Stadt lebenswert und lebendig. Grünflächen, Wälder, Flüsse und Gewässer sind Orte der Erholung, des Staunens und der Begegnung mit der Natur. Umwelt- und Naturschutz bedeutet für uns praktisches Handeln statt ideologischer Verbote. Es geht darum, Verantwortung zu übernehmen, Ausgleich zu schaffen und Natur im Einklang mit der Stadt und ihren Menschen zu nutzen. Jeder kann seinen Beitrag leisten, sei es im eigenen Garten, beim Pflegen von Grünflächen im Wohnumfeld oder durch das bewusste Nutzen und Schützen öffentlicher Räume. Auch kleine Handlungen zählen: Müll vermeiden, Bäume und Pflanzen achten, Wasser sparen und sich aktiv für die Nachbarschaft engagieren.

Wir setzen auf Eigenverantwortung, naturnahe Nutzung und technische Lösungen, die wirkungsvoll, umsetzbar und bürgernah sind. So schützen wir die Heimat, sichern Lebensqualität und bewahren unsere Natur für kommende Generationen. Unser Ziel ist eine grüne, saubere und lebendige Stadt, auf die wir stolz sein können.

Unsere Forderungen für eine lebenswerte und naturverbundene Stadt:

Stadtgrün und Erholung sichern - Windräder in Berliner Wäldern verhindern

Berlin lebt von seinen Parks, Kleingärten und Wäldern. Sie sind die grünen Lungen der Stadt und wichtige Orte der Erholung. Viele Anlagen sind jedoch ungepflegt, weil der Senat die Grünflächenämter seit Jahren kaputtgespart hat. Unter unserer Regierungsverantwortung wird die Pflege von Grünflächen wieder Vorrang haben. Wir stellen sicher, dass die Bezirke

1 ausreichend Mittel, qualifiziertes Personal und klare Pflegekonzepte erhalten, die auch
2 tatsächlich umgesetzt werden.
3 Immer wieder werden Straßenbäume gefällt, ohne dass ein gleichwertiger Ersatz erfolgt. Künftig
4 muss gelten: Jeder gefällte Baum wird in Berlin nachgepflanzt. Wir führen eine verbindliche
5 Nachpflanzpflicht ein, die durch transparente Baumbilanzen kontrolliert wird. Ein
6 Sofortprogramm mit einheimischen Baumarten sorgt für schnellen Ausgleich.
7 Auch die Berliner Wälder leiden unter politischen Versäumnissen. Nutzungsdruck, Versiegelung
8 und mangelnde Pflege gefährden ihre Funktion als Naherholungsgebiete. Wir werden die Wälder
9 langfristig erhalten und im Sinne einer naturgemäßen Waldwirtschaft pflegen und entwickeln.
10 Völlig in die falsche Richtung geht der Plan, Windräder in Berliner Wäldern zu errichten. Damit
11 werden Natur, Erholungsräume und das Stadtbild zerstört. Unter unserer
12 Regierungsverantwortung wird es keine Windräder im Wald geben. Das Flächenziel von 0,5
13 Prozent für Windkraft in Berlin lehnen wir strikt ab. Berlin darf nicht länger durch Bundesgesetze
14 gezwungen werden, Windräder in seinen Wäldern aufzustellen.

16 **Flächenverbrauch stoppen – naturnahe Räume erhalten**

17 Berlin ist eine wachsende Stadt, doch jede neue Versiegelung von Boden kostet Lebensraum für
18 Pflanzen, Tiere und Erholung. Der Senat hat bisher zu wenig unternommen, um wertvolle
19 Flächen zu schützen, und erlaubt weiterhin zu viel Neubau auf ökologisch sensiblen Gebieten.
20 Unter unserer Regierungsverantwortung wird sich das ändern.
21 Wir wollen den Flächenverbrauch konsequent reduzieren und naturnahe Flächen bewahren.
22 Sowohl ungenutzte Naturflächen als auch teilweise versiegelte Flächen müssen gezielt erfasst
23 werden. Manche Flächen können sinnvoll bebaut werden, andere sollen durch Entsiegelung
24 wieder naturnah hergestellt werden, damit Regenwasser versickern kann und städtische
25 Lebensräume ökologisch aufgewertet werden.
26 Neue Bauprojekte dürfen nicht auf bisherigen Grün-, Wald- oder Wasserflächen entstehen. Der
27 Senat hat hier falsche Prioritäten gesetzt. Wir setzen dagegen auf Flächensparprogramme und
28 verpflichtende Entsiegelung, wo dies sinnvoll und mit geringem Aufwand möglich ist. Private
29 Eigentümer sollen gezielt Anreize erhalten, ihre Flächen teilweise zu entsiegeln. Dazu gehört
30 zum Beispiel der Einbau von Regenwasserauffangtanks, die das Wasser für Toilettenspülungen
31 oder die Bewässerung von Gärten und Stadtgrün nutzbar machen. So lassen sich naturnahe
32 Lebensräume erhalten und wiederherstellen, ohne die Nutzung von Grundstücken
33 unverhältnismäßig einzuschränken.

35 **Sauberes Wasser für Berlin**

36 Sauberes Trinkwasser ist ein zentrales Gut für die Stadt, doch Berlin steht hier vor schwierigen
37 Herausforderungen. Alte Belastungen, neue Schadstoffe und fehlende naturnahe Uferbereiche
38 gefährden die Qualität von Flüssen, Seen und Bächen. Der Senat hat es bisher versäumt, diese
39 Probleme konsequent anzugehen. Unter unserer Regierungsverantwortung wird sich das
40 ändern.
41 Wir setzen uns dafür ein, dass Trinkwasser und Gewässer umfassend geschützt und ökologisch
42 aufgewertet werden. Die Trinkwasserbereitung muss modernisiert und auf zusätzliche Quellen
43 ausgerichtet werden. Dazu gehören der Schutz und die Pflege von Quellgebieten,

Kleingewässern, Seen, Flüssen und Bächen. Moderne Kläranlagen mit vierter Reinigungsstufe sollen Schadstoffe wie Medikamenten- und Hormonrückstände zuverlässig entfernen. Die Abwasser- und Regenwassersysteme müssen langfristig auf ein Trennsystem umgestellt werden, damit Regen- und Abwasser getrennt fließen. Gleichzeitig werden die Leitungen sukzessive erneuert, um Qualität und Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Umwelt- und wasserbelastende Stoffe wie Schwermetalle, Elektroschrott und sogenannte Ewigkeitschemikalien sollen vermieden und entfernt werden. Auch mögliche längere Trockenperioden oder extreme Niederschläge erfordern vorsorgende Planung, damit die Berliner Wasserversorgung zuverlässig bleibt. Zusätzlich setzen wir auf die Renaturierung von Uferzonen und die Entwicklung neuer Wasserversorgungsquellen, um auf veränderte Zuflüsse aus der Spree vorbereitet zu sein. So stellen wir sicher, dass Berlin auf alle Szenarien vorbereitet ist und auch in Zukunft über sauberes Wasser verfügt, das allen Bürgern in hoher Qualität zur Verfügung steht.

Artenvielfalt erhalten – invasive Arten regulieren

Berlin steht vor einer wachsenden Herausforderung durch invasive Tier- und Pflanzenarten. Diese Arten verdrängen einheimische Tiere, schädigen Ökosysteme und können zu regelrechten Plagen werden. Der Senat hat bisher versäumt, diese Entwicklungen wirksam zu kontrollieren und die Artenvielfalt zu schützen. Unter unserer Regierungsverantwortung wird dies konsequent angegangen.

Wir setzen uns dafür ein, dass invasive Arten frühzeitig identifiziert und wirksam zurückgedrängt werden. Dafür muss qualifiziertes Personal in ausreichender Zahl angeworben, ausgebildet und gezielt eingesetzt werden. Ursprünglich nichtheimische Arten wie die chinesische Wollhandkrabbe, der Rote Amerikanische Sumpfkrebs, der Waschbär oder der Marderhund sollen fachgerecht und wirksam kontrolliert werden. Auch stark verbreitete Arten wie die Wanderratte müssen gezielt reguliert werden, um Schäden an Ökosystemen und der städtischen Infrastruktur zu begrenzen.

Darüber hinaus fordern wir eine Neubewertung ehemals gefährdeter, mittlerweile aber massiv verbreiteter Arten wie der Nebelkrähe. Diese Art hat durch aggressives Verhalten andere Vogelarten wie die Dohle oder Saatkrähe weitgehend verdrängt. Der Senat hat bisher keine tragfähige Strategie entwickelt. Unter unserer Verantwortung wird ihr Bestand dort, wo es ökologisch notwendig ist, tier- und artgerecht reduziert. Nicht-lethale Maßnahmen zur Kontrolle invasiver Arten sollen dabei stets berücksichtigt werden. So schützen wir die einheimische Artenvielfalt, erhalten naturnahe Lebensräume und sorgen dafür, dass Berlin ökologisch widerstandsfähig bleibt.

Saubere und lebenswerte Stadt

Berlin leidet unter zunehmender Vermüllung, Graffiti und Verwahrlosung in Parks, Grünanlagen und öffentlichen Bereichen. Was viele als harmloses oder gar charmantes „Schmuddel-Image“ abtun, ist in Wahrheit der Ausdruck eines alarmierenden Zustands: immer weiter um sich greifende Verwahrlosung, wachsende Gleichgültigkeit und das bedrückende Gefühl, dass niemand mehr ernsthaft für Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit einsteht. Der Senat hat bisher zu wenig dagegen unternommen oder ist sogar Treiber dieser Entwicklungen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ordnungsämter rund um die Uhr aktiv sind und Verursacher konsequent ahnden. Mobile Einsatzteams beseitigen illegalen Müll, Graffiti und andere Verwahrlosungen. Autowracks müssen für die Verursacher teurer werden und schneller entfernt werden. Obdachlosencamps sollen nach klaren Regeln entfernt werden. Videoüberwachung an bekannten Müll-Hotspots kann gezielt eingesetzt werden.

Überall werden ausreichend Abfallbehälter bereitgestellt. Die Infrastruktur zur schnellen Müllbeseitigung wird funktional und unterstützt durch Müll-Sheriffs und Waste-Watcher.

Um langfristig Wirkung zu erzielen, wird die Umweltbildung in Schulen intensiviert. Gleichzeitig wollen wir bürgerschaftliche Engagement stärken: durch Patenschaftsmodelle, lokale Initiativen und die aktive Pflege des öffentlichen Raums. Wer mitmacht, soll nicht nur mithelfen, sondern auch mitgestalten dürfen. Arbeitsfähige und nicht erwerbstätige Flüchtlinge sollen aktiv in die Müllbeseitigung einbezogen werden.

DIE AFD FORDERT:

- Ordnungsämter müssen rund um die Uhr aktiv sein, um eine konsequente Ahndung von Verursachern zu ermöglichen
- Videoüberwachung an Müll-Hotspots
- Eine Kombination aus mobilen Einsatzteams, Müll-Sheriffs und Waste-Watchern zur schnellen Beseitigung von Müll, Graffiti und Verwahrlosung
- Schnelle Beseitigung von Autowracks und Obdachlosencamps
- Ausreichend Abfallbehälter und funktionierende Müll-Infrastruktur auch durch einen Ausbau und eine Weiterentwicklung der bestehenden BSR-Recyclinghöfe
- Einbindung von Bürgern und Bildungseinrichtungen in Umwelt- und Sauberkeitsmaßnahmen

Reform des Berliner Winterdienstes

Der Berliner Winterdienst muss endlich die Sicherheit von Fußgängern, insbesondere älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen, priorisieren. In extremen Glätte- und Eisregenlagen darf der zeitlich und räumlich begrenzte Einsatz von Streusalz auf Gehwegen nicht länger aus ideologischen Gründen verboten oder durch komplizierte Verfahren verzögert werden. Wir werden das Berliner Straßenreinigungsgesetz in diesem Sinne weiter novellieren. Klare, automatische Auslösetatbestände für den Einsatz von Streusalz auf Gehwegen, eine direkte Ermächtigung der BSR und Abbau bürokratischer Hürden stehen dabei im Vordergrund. Die Sicherheit von Fußgängern darf nicht länger von Einzelfall-Ermessen und ideologischen Restriktionen abhängen. Gleichzeitig muss ein wissenschaftlich begleitetes Pilotprojekt umwelt- und tierverträgliche Alternativen erproben, damit langfristig auf moderne, chloridfreie Auftaumittel umgestellt werden kann. Bei Erfolg dieses Pilotprojektes muss der Einsatz umweltfreundlicher Auftaumittel grundsätzlich auch für Privathaushalte gestattet sein.

Kunst, Kultur, Medien und Erinnerungspolitik

Kulturelle Identität stiften und kulturelles Erbe bewahren

Kultur ist nicht nur Ausdruck menschlicher Schöpferkraft, sondern prägt unser tägliches Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Als Erben der christlich-abendländischen Kultur sehen wir unseren Auftrag darin, unser kulturelles Erbe zu bewahren und behutsam weiterzuentwickeln. Dazu gehören ein gesunder Patriotismus und ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein. Der mangelnden Wertschätzung, ja Verachtung unserer eigenen Traditionen und Werte treten wir entschieden entgegen.

Unsere Forderungen für eine freiheitliche Kunst-, Kultur- und Medienlandschaft:

Unsere identitätsstiftende Muttersprache bewahren und fördern

Die deutsche Sprache ist Voraussetzung, Ergebnis und wesentliche Bestandteil unserer Kultur; sie zu bewahren, zu pflegen und zu fördern ist vornehmste Aufgabe verantwortungsvoller Kulturpolitik. Denn in unserer Sprache spiegeln sich unsere Geschichte, unsere Traditionen und unsere Identität. Die rechtschreibwidrige Gendersprache lehnen wir als politisches Umerziehungsprojekt ab, das darauf abzielt, die natürliche und historisch gewachsene Sprachentwicklung politisch zu manipulieren und einen ideologischen Spaltpilz in die Gesellschaft zu tragen.

Berlin als freiheitliche Kulturhauptstadt

Wir stehen uneingeschränkt für die Freiheit von Kunst und Kultur. Der Bedrohung der künstlerischen Freiheit durch politischen und religiösen Extremismus stellen wir uns entschieden entgegen. Gleichzeitig darf Kunst nicht selbst unter dem Deckmantel der Kunstfreiheit zu Extremismus und Gewalt aufrufen. Die Kulturförderung muss deshalb darauf verpflichtet werden, keine Projekte zu finanzieren, die gegen die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung gerichtet sind oder Antisemitismus Vorschub leisten. Wir treten darüber hinaus dafür ein, dass der Bund mit seinem Hauptstadtkulturfonds noch stärker in die Finanzierung von kulturellen Institutionen von nationaler Bedeutung in Berlin eingebunden wird.

Kulturgutschutz, Denkmalschutz und Straßennamen

Wir fühlen uns dem vielgestaltigen kulturellen und geschichtlichen Erbe Berlins verpflichtet. Um unser reiches Erbe auch künftigen Generationen zugänglich und erlebbar zu machen, unterstützen wir den Erhalt und die Förderung einer breit aufgestellten Berliner Museumslandschaft. Um Bestände bewahren, restaurieren und erweitern zu können, darf der Etat für die Museen nicht zum Steinbruch für andere kulturpolitische Aufgaben werden.

In Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Landesdenkmalrats fordert die AfD eine Erhöhung der Personalstellen im Denkmalschutz. Die Erhaltung unseres materiellen Kulturguts benötigt traditionelle Handwerker wie Steinmetze, Stuckateure und Restauratoren, die durch

1 moderne Technologien nur schwer ersetzt werden können. Wir möchten, dass Berlin die
2 entsprechenden Ausbildungs- und Vergabestrukturen stärkt und traditionelles Handwerk belebt.

4 Angesichts vermehrter Denkmalbeschädigungen und der Schändung wertvoller Kunstwerke
5 fordert die AfD einen besseren Schutz der Zeugnisse unserer Kultur und Geschichte. Sowohl im
6 öffentlichen Raum als auch in den Museen müssen die Sicherheits- und Vorsichtsmaßnahmen
7 verbessert werden. Zu diesem Zweck fordern wir eine Novellierung des Kulturgutschutzgesetzes
8 und eine bessere Regelung von Maßnahmen im Katastrophenfall.

10 Die Namen verdienter Leistungs- und Würdenträger gehören zum gewachsenen Berliner
11 Stadtbild. Eine undifferenziert, ahistorisch und vorwiegend ideologisch begründete Tilgung von
12 Namensgebern für Straßen und Plätze in unseren Bezirken lehnen wir ab. Auch bei
13 Neubenennungen überwiegen oftmals ideologische Erwägungen gegenüber sachlichen
14 Argumenten. Die praktischen Interessen und Auffassungen der Anwohner werden bei den Um-
15 und Neubenennungen dagegen nur selten berücksichtigt.
16 Ausschlaggebende Kriterien für die Benennung neuer Straßen und Plätze sollen historische und
17 kulturelle Relevanz, gesellschaftliche Leistung und der Ortsbezug der zu ehrenden Person sein.
18 In der Summe geht es neben der Würdigung verdienstvoller Einzelpersönlichkeiten auch um die
19 Repräsentation unseres kulturellen Erbes als Ganzes.

21 **Baukultur als Erinnerungskultur**

22 Stadtbild und Identität sind untrennbar miteinander verwoben. Die AfD fordert eine
23 Erinnerungskultur, die sich nicht in Mahnmalen erschöpft, sondern durch Rückgewinnung
24 verlorener Stadträume Identität stiftet und das historische Berlin wiedererlebbar macht, wo dies
25 möglich ist. Deshalb setzen wir uns für die originalgetreue Rekonstruktion stadtbildprägender
26 Bauwerke ein. Dies betrifft insbesondere die Schinkelsche Bauakademie sowie eine
27 Wiederbebauung der Berliner Altstadt am Molkenmarkt. Wir lehnen eine rein funktionale,
28 ahistorische und ideologisch motivierte Stadtplanung ab und fordern, die Kontinuität unserer
29 Geschichte sichtbar zu machen, statt moderne Brüche zu betonen.

31 Wiederaufbauten sollen dort ermöglicht werden, wo eine belastbare historische Dokumentation
32 vorliegt und ein städtebaulicher Mehrwert erreicht werden kann – etwa an Orten, an denen die
33 Stadt über Jahrzehnte durch Kriegsverluste und Abbrüche städtebaulich beschädigt wurde.
34 Projekte der behutsamen Stadtreparatur können Identität und Orientierung zurückgewinnen,
35 handwerkliche Kultur stärken, den öffentlichen Raum aufwerten und Geschichte sichtbar
36 machen, ohne sie zu verfälschen. Maßgeblich sind transparente Kriterien, eine nüchterne
37 Abwägung von Kosten und Nutzung sowie die Bindung an das überlieferte Vorbild und die
38 Maßstäblichkeit des Ortes.

39 Zur Umsetzung bedeutender Kulturbauprojekte setzen wir auf innovative Finanzierungs- und
40 Beteiligungsmodelle: privates Mäzenatentum und gezielt eingesetzte Spendengelder zur
41 Wiederherstellung historischer Objekte und Kulturgüter. Nach dem Vorbild des Berliner
42 Stadtschlosses wird bürgerschaftliches Engagement so zum Motor der Stadtbildpflege,
43 entlastet den öffentlichen Haushalt und verwirklicht kulturelle Teilhabe als gestalterische
44 Teilhabe.

Staatliche Musik- und Kunstschulen stärker fördern

Die frühzeitig beginnende musikalische und künstlerische Ausbildung von Kindern ist ein wichtiger Bestandteil einer zukunftsfähigen Kulturlandschaft. Gemäß der Forderung des Landesmusikrats und des Runden Tisches Musik werden wir ein Landesprogramm „Musikalische Bildung“ entwickeln und in die Praxis umsetzen. Im Rahmen der Förderung der Kooperation von Schulen und Musikschulen werden wir im Ganztags das Konzept „JeKiMus – Jedem Kind seinen Zugang zur Musik“ umsetzen. An den Musikschulen werden wir ein bedarfsgerechtes Angebot schaffen und die langen Wartelisten abbauen. Zur Konkretisierung des festgelegten Angebotsumfangs der Musikschulen werden wir ein Musikschulgesetz verabschieden und damit die Rahmenbedingungen für den Musikschulunterricht, vor allem im Hinblick auf die Raumsituation, verbessern.

Die AfD fordert eine Erhöhung der Festanstellungsquote an Musikschulen von derzeit 24 Prozent auf mindestens 80 Prozent wie im Bundesdurchschnitt. Bestehende Honorarverträge müssen rechtssicher in Arbeitsverträge übergeleitet werden. Bei der Umwandlung von Honorarverträgen in Personalstellen müssen die jetzigen Honorarlehrkräfte vorrangig berücksichtigt werden. Dabei dürfen bei der Überleitung eines Honorarvertrages in ein Arbeitsverhältnis keine sachgrundlosen Befristungen erfolgen. Bei der Einstufung ist die Erfahrung als Honorarkraft zu berücksichtigen. Um die Ausbildung von Musikschullehrkräften zu sichern, wollen wir in Abstimmung mit den Musikhochschulen die studienvorbereitende Ausbildung (SVA) stärken.

Kulturelle Leuchttürme und Breitenkultur

Neben unseren kulturellen Leuchttürmen wie den Opernhäusern darf die Breitenkultur nicht aus dem Blick geraten. Insbesondere wollen wir die Kulturarbeit in den Außenbezirken verbessern. Ein zentraler Aspekt ist dabei die Bereitstellung von Räumlichkeiten. Dabei soll kulturelle Teilhabe auf die gestalterische Selbständigkeit der Menschen zielen und nicht bloß den Kulturkonsum fördern. Unser Ziel ist die Förderung der unterschiedlichen künstlerisch-ästhetischen Fähigkeiten breiter Bevölkerungsgruppen. Durch kulturelle Bildung in den frühen Jahren wollen wir junge Menschen zu den Kunstfreunden und Kulturliebhabern von morgen heranbilden. Bei kulturellen Angeboten für Kinder und Jugendliche – vom Kindertheater bis zur Jugendkunstschule – darf nicht gespart werden.

Kulturpolitik und Kulturförderung

Neben der Förderung der Breitenkultur ist es ebenso Aufgabe der Kulturpolitik, bedeutende hochkulturelle Einrichtungen, die nicht am Markt bestehen könnten, zu fördern. Denn Kunst und Kultur dürfen nicht zum Privileg einiger weniger werden. Dabei wollen wir darauf hinwirken, die Leitlinien der öffentlichen Kulturförderung so zu definieren, dass sich Erfolge deutlicher im Budget abbilden. Die politische Gesinnung darf kein Kriterium bei der Bewilligung von Förderanträgen sein.

Kultur- und Kreativwirtschaft

Um das enorme Potential der Kultur- und Kreativwirtschaft besser ausschöpfen zu können, wollen wir gezielt innovative Finanzierungsformen wie Wagniskapital und Mikrokredite einsetzen sowie Beratungsangebote zu Unternehmensgründung und Selbständigkeit im Kreativsektor

ausbauen. Bei der Stärkung und Qualifizierung des Arbeitskräftepotentials der Kultur- und Kreativwirtschaft setzen wir auf ein hochwertiges Ausbildungsangebot an den Kunsthochschulen.

Rundfunkstaatsvertrag kündigen und Zwangsgebühr abschaffen

Wir fordern die Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages sowie die Befreiung aller Bürger von Zwangsgebühren. Die öffentlich-rechtlichen Sender müssen sich künftig durch freiwillige Beiträge nach dem „pay per view“-Prinzip oder einem Abo-System finanzieren. Sollte ein staatlicher „Grundfunk“ mit einer Fernseh- und Rundfunkgrundversorgung gebildet werden, hat sich dieser an eine sachliche, ausgewogene Berichterstattung zu halten. Um dies zu erreichen, müssen neue Strukturen gebildet werden, da das aktuelle System sich nicht bewährt hat.

Meinungsfreiheit im Internet und in den sozialen Medien verteidigen

Die AfD kämpft entschieden für die Rundfunk-, Presse- und Meinungsfreiheit. Staatliche Stellen und mit Steuergeldern finanzierte Einrichtungen dürfen Bürger in sozialen Netzwerken nicht wegen unliebsamer Meinungsäußerungen blockieren und dadurch von Debatten ausschließen. Wir verteidigen die Freiheit der Meinungsäußerung auf allen Ebenen und lehnen Zensurbestrebungen gegenüber unabhängigen Medien kategorisch ab. Auch darf der Staat von erfolgreichen Internetunternehmen keine Lizenzen verlangen, wie es der Medienstaatsvertrag vorschreibt. Die Landesmedienanstalten sollen sich auf ihre Kernaufgaben beschränken, insbesondere auf die Vergabe von Frequenzen und den Jugendschutz.

KI und Kultur

Der Einsatz von KI in Kunst und Kultur birgt sowohl Chancen als auch Risiken. Künstler, die primär ohne KI arbeiten, müssen Schutz erfahren gegen Plagiate und andere Nebenprodukte einer ungewollten KI-Verwertung. Menschengemachte Kunst kann von KI profitieren, sollte von ihr jedoch nicht ersetzt werden. Die Nutzung von KI-generierten Bildern und Videomaterial ohne deutliche Kennzeichnungen lehnen wir ab. Wo Kunst- und Medienprojekte mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, muss der Einsatz künstlicher Intelligenz transparent gemacht werden.

Erinnerungspolitik

Berlin ist ein Ort voller Geschichte. Nicht nur im Zentrum, auch in den Außenbezirken stoßen wir überall auf historische Zeugnisse. Sie belegen den Reichtum der deutschen und der Berliner Geschichte, geben aber auch Aufschluss über Scheitern und Verbrechen vorangegangener Generationen. Eine verantwortungsvolle Erinnerungspolitik hat die Aufgabe, die historischen Erfahrungen Deutschlands vollständig und differenziert abzubilden. Dazu gehört die Erinnerung an die tragenden Säulen und Leistungen der deutschen Geschichte ebenso wie die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der kommunistischen Diktatur.

Berlin hat wie keine andere Stadt unter Mauer und Stacheldraht gelitten. Deswegen ist uns die Aufarbeitung des SED-Unrechts ein besonderes Anliegen. Wir setzen und dafür ein, dass das ehemalige Polizeigefängnis in der Keibelstraße zügig zu einem weiteren zentralen Erinnerungsort ausgebaut wird, ergänzend zur Gedenkstätte Hohenschönhausen und zum „Campus für Demokratie“, dem ehemaligen Stasi-Gelände zwischen Frankfurter Allee und Normannenstraße.

1 Wir unterstützen ausdrücklich die Idee der Einrichtung eines Instituts für
2 Kommunismusforschung auf dem „Campus für Demokratie“ und fordern die zügige Realisierung
3 des geplanten „Forums Opposition und Widerstand 1945-1990“. Kritisch sehen wir hingegen den
4 vom Bund geplanten Bau eines Archivzentrums auf dem ehemaligen Stasi-Gelände, weil die
5 Errichtung des riesigen Archivquaders zum Abriss denkmalgeschützter Gebäude führen und den
6 historischen Charakter des Ensembles unwiederbringlich zerstören würde. Im Hinblick auf den
7 75. Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 fordern wir, die lange vernachlässigte
8 Gedenkstätte am Autobahnkreuz Kleeblatt in Zehlendorf im Rahmen einer Neukonzeption mit
9 zusätzlichen Informationsmöglichkeiten sowie verbesserten Zugangsmöglichkeiten
10 auszustatten.

11
12 Eine große Gefahr für eine ausgewogene Erinnerungspolitik ist in den letzten Jahren durch die
13 Verbreitung postkolonialer Theorien entstanden. Die fatale Umbenennung der Mohrenstraße
14 hat ebenso wie der unverkennbare Antisemitismus etlicher Vertreter postkolonialer Theorien
15 gezeigt, dass der Postkolonialismus den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht. Die AfD
16 lehnt die Ideologie des Postkolonialismus deswegen ab. Wir fordern, die öffentliche Förderung
17 postkolonialer Initiativen zu beenden und zu einer differenzierten Betrachtung des
18 Kolonialzeitalters zurückzukehren.

Haushalt und Finanzen

Berlin handlungsfähig halten – Haushaltswahrheit herstellen, Schulden begrenzen, Prioritäten setzen

Berlin droht die Haushaltsnotlage. Der finanzpolitische Druck ist erheblich. Die Risiken ergeben sich nicht nur aus der expliziten Verschuldung des Landes. Ebenso gefährlich sind implizite Verpflichtungen und Verlagerungen:

- Künftige Versorgungs- und Pensionslasten
- Bürgschaften
- Kapitalmaßnahmen
- Kreditaufnahmen und Verbindlichkeiten landeseigener Unternehmen
- Nebenhaushalte und Sonderkonstruktionen

Werden diese Risiken nicht offengelegt, entsteht ein falsches Bild der Haushaltslage – mit entsprechenden Fehlentscheidungen.

Unser Ziel ist ein solider, transparenter und steuerungsfähiger Haushalt, der die staatliche Handlungsfähigkeit sichert. Maßstab sind Haushaltswahrheit, Wirtschaftlichkeit, Generationengerechtigkeit und eine klare Konzentration auf Kernaufgaben des Staates. Ein wachsender Haushalt ist kein Qualitätsmerkmal. Entscheidend ist, ob Aufgaben verlässlich erfüllt werden, ohne künftige Haushalte zu überfordern.

Unsere Forderungen für solide Haushaltspolitik:

Haushaltsklarheit und Transparenz: Gesamtbild statt Teilrechnungen

Politische Steuerung setzt vollständige Informationen voraus. Berlin braucht daher eine Haushaltsdarstellung, die den Kernhaushalt nicht isoliert betrachtet, sondern die gesamte finanzielle Lage abbildet.

Wir fordern einen umfassenden Kassensturz:

- Alle Nebenhaushalte, Sondervermögen und Rücklagensysteme zusammenführen
- Verbindlichkeiten und Schulden landeseigener Unternehmen erfassen
- Künftige Zahlungs- und Pensionsverpflichtungen einbeziehen
- Eine Gesamtbilanz erstellen, damit ein ehrliches und belastbares Lagebild entsteht

Wir fordern, finanzielle Transaktionen transparent darzustellen:

- Darlehen, Gesellschafter-Zuschüsse und Kapitalerhöhungen offenlegen
- Zweck, Rückzahlungs-Profil, Risiko und Haushalts-Wirkung ausweisen

Transparenz ist kein formaler Selbstzweck. Sie ist Voraussetzung parlamentarischer Kontrolle und Grundlage einer seriösen Prioritätensetzung.

Schuldenexpansion stoppen und Schuldenbremse reaktivieren

Berlin muss zur regelgebundenen Haushaltsführung zurückkehren. Kreditfinanzierung ist in Ausnahmesituationen möglich, darf aber nicht zur Routine werden. Besonders problematisch sind Konstruktionen, die Verschuldung außerhalb des Kernhaushalts ermöglichen oder deren Risiko dorthin verlagern. Dadurch werden Belastungen verdeckt, ohne dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes steigt.

Wir setzen uns für folgende Maßnahmen ein:

- Die Schuldenbremse reaktivieren und konsequent anwenden
- Die Schuldenbremse in der Berliner Verfassung verankern, damit sie dauerhaft und verbindlich wirkt
- Die zusätzlichen, grundgesetzlich eröffneten Verschuldungs-Möglichkeiten für Berlin in Höhe von 0,35% des Bruttosozialprodukts nicht in Anspruch nehmen
- Einen verbindlichen Tilgungs- und Konsolidierungs-Pfad einführen

Kurzfristige Entlastungen dürfen nicht dauerhaft über Kreditaufnahme finanziert werden.

Rücklagen-Verzehr ersetzt keine Strukturreform.

Eine solide Schuldenregel schützt die Steuerzahler, begrenzt Zins-Risiken und stellt sicher, dass Investitionen aus tragfähigen Haushalten heraus geplant werden können.

Ausgaben auf Kernaufgaben konzentrieren

Berlin hat kein primäres Einnahmenproblem, sondern ein Ausgaben- und Prioritätenproblem.

Ausgaben müssen deshalb anhand klarer Kriterien gesteuert werden: Notwendigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit, Folgekosten. Programme ohne nachweisbaren Nutzen, mit Doppelstrukturen oder fehlender Zieldefinition sind zu beenden oder grundlegend umzubauen.

Wir fordern:

- Eine systematische Aufgaben- und Ausgaben-Prüfung (Spending Review) über alle Ressorts hinweg
- Konsequente Anwendung des Wirtschaftlichkeits-Gebots
- Kosten-Nutzen-Abwägung und Folgekosten-Abschätzung sind verpflichtend

Die Finanzierung politisch agierender Vorfeld-Strukturen aus dem Haushalt ist zu beenden:

- Steuermittel für als NGOs auftretende Organisationen, die faktisch politische Kampagnenarbeit betreiben, sind zu streichen
- Staatliche Neutralität ist wiederherzustellen

Sparpolitik ist nicht „Kürzen um des Kürzens willen“. Sie ist die notwendige Voraussetzung, um Kernaufgaben verlässlich zu erfüllen und Investitionen zu ermöglichen, ohne neue Schulden zu erzeugen.

Keine Auslagerung staatlicher Kernaufgaben

Kernaufgaben des Staates müssen im Kernhaushalt abgebildet werden – einschließlich der Finanzierung, der Verantwortlichkeit und der parlamentarischen Kontrolle. Auslagerungen in landeseigene Unternehmen oder Sonderkonstruktionen dürfen nicht dazu dienen, Haushalts-Regeln zu umgehen oder Verschuldung zu verlagern.

Insbesondere Schuldenkaskaden sind problematisch: Das Land führt kreditfinanziertes Eigenkapital an landeseigene Unternehmen zu, um diese zur weiteren Kreditaufnahme zu befähigen. Dies verschiebt Risiken und untergräbt die Haushaltswahrheit.

Kernaufgaben des Landes Berlin dürfen nicht in landeseigene Unternehmen ausgelagert werden, um Haushalts-Grenzen zu umgehen oder Kredite zu hebeln.

Wir fordern einheitliche Transparenz-Standards für Beteiligungen:

- Keine Schuldenkaskaden über landeseigene Unternehmen
- Keine kreditfinanzierten Kapital-Zuführungen als Hebel für zusätzliche Verschuldung für ideologisch motivierte Investitionen

- Darlehen, Bürgschaften, Garantien und Gesellschafter-Zuschüsse ausweisen
- Investitions-Programme und Folgekosten darstellen

Berlin braucht landeseigene Unternehmen dort, wo sie Aufgaben effizient erfüllen. Berlin braucht sie nicht als Instrument, um Kernhaushalts-Regeln zu umgehen.

Notwendige Investitionen finanzierbar halten

Berlin hat einen erheblichen Modernisierungs- und Sanierungsbedarf. Der Investitionsstau der öffentlichen Hand beläuft sich inzwischen auf weit über 100 Mrd. Euro. Investitionen sind erforderlich, insbesondere in:

- Infrastruktur
- Verwaltungs-Modernisierung
- Digitalisierung kritischer Systeme
- Sicherheits- und Rettungsdienste
- Substanzerhalt öffentlicher Gebäude

Investitionen müssen jedoch finanzierbar bleiben. Sie dürfen nicht durch kreditgetriebene Großprogramme ersetzt werden, die den Haushalt dauerhaft belasten und zukünftige Spielräume einschränken.

Wir fordern eine investive Schwerpunktsetzung auf Substanzerhalt und Funktionsfähigkeit: Prioritäre Aufgaben sind Instandhaltung, Sanierung, IT-Sicherheit, Verwaltungs-Digitalisierung, Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz.

Sondervermögen und Bundesmittel sind nur zu nutzen mittels klarer Regeln, deren Einhaltung verpflichtend ist:

- Nur dort einsetzen, wo echte Zusätzlichkeit nachweisbar ist
- Die Umfinanzierung bereits geplanter Kernaufgaben ersetzt keine Investitionspolitik
- Klare Abgrenzung, belastbare Projektlisten und transparente Nachweise sind erforderlich

Wir fordern für Großvorhaben klare Kriterien:

Nutzen, Kosten, Realisierbarkeit, Folgekosten und Risiko müssen vor Beschluss geprüft werden – nicht nach Beginn.

Gleichzeitig ist eine Kostenpolitik erforderlich, die ideologische Kostensteigerungen zulasten der Berliner verhindert. Investitionen müssen in ein tragfähiges Finanzierungs-Konzept eingebettet sein.

Fernwärme und ÖPNV solide und bezahlbar halten

Die öffentliche Hand darf Bürger und Wirtschaft nicht über dauerhaft steigende Kosten belasten, wenn Projekte primär ideologisch begründet sind und nur durch zusätzliche Verschuldung darstellbar werden. Dies gilt insbesondere für Vorhaben, die unter dem Begriff „Klimaneutralität“ in Größenordnungen geplant werden, die den Haushalt strukturell überfordern.

Wir fordern:

- Den Prozess der Dekarbonisierung der Berliner Wärme-Versorgung in der vorgesehenen schuldenfinanzierten Dimension zu beenden; eine Schuldenfinanzierung von bis zu 10 Mrd. Euro sprengt jeden verantwortbaren Rahmen.
- Keine Preiserhöhungen für Berliner durch unsinnige klimapolitische Maßnahmen

- Preis- und Ticket-Maßnahmen im ÖPNV strikt an Finanzierung und Folgekosten zu binden

Wir fordern für alle energie- und mobilitätspolitischen Investitionen:

- Eine verpflichtende Folgekosten-Rechnung (Betrieb, Wartung, Ersatz-Investitionen)
- Eine transparente Darstellung der Haushalts-Wirkungen

Politik muss bezahlbar bleiben. Maßstab ist nicht das Etikett eines Programms, sondern seine Finanzierbarkeit und seine Wirkung.

Die junge Generation im Blick

Generationengerechtigkeit bedeutet, heutige Entscheidungen nicht in Form verdeckter Verpflichtungen an die Zukunft weiterzugeben. Besonders relevant sind Versorgungs- und Pensionslasten sowie dauerhafte Bindungen, die künftige Haushalte einschränken. Berlin braucht hier Regelbindung, Transparenz und einen klaren Abbaupfad.

Wir fordern ein regelmäßiges, transparentes Monitoring der impliziten Schulden:

- Pensionslasten regelmäßig ermitteln und aktualisieren
- Angemessene Rücklagen bilden

Wer Generationengerechtigkeit ernst nimmt, muss implizite Schulden genauso behandeln wie explizite.

Haushaltsausgleich in vier Jahren, danach Schuldenabbau

Die Berliner Haushaltspolitik muss wieder auf Stabilität ausgerichtet werden. Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt innerhalb von vier Jahren und anschließend der Abbau von Verbindlichkeiten. Nur ein solcher Pfad stellt Krisenfestigkeit her und eröffnet Spielräume für Entlastung.

Wir verfolgen das Ziel:

- Innerhalb von vier Jahren einen Haushalts-Ausgleich zu erreichen
- Anschließend Verbindlichkeiten systematisch abzubauen
- Entlastungen und Steuersenkungen nur auf Grundlage solider Haushalte umzusetzen

Ein tragfähiger Haushalt ist die Voraussetzung, um Bürger und Wirtschaft dauerhaft zu entlasten, ohne neue Risiken zu schaffen.

Berlin braucht eine Standortpolitik, die Haushaltsdisziplin, investive Schwerpunktsetzung und Entlastung verbindet – nicht durch Verschiebung von Lasten, sondern durch Prioritätensetzung, Effizienz und Transparenz.

Berlin hat Zukunft – aber nur mit Solidität, Berechenbarkeit und einem Haushalt, der Kernaufgaben zuverlässig finanziert, Risiken offenlegt und neue Schulden vermeidet.